Breslauer Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 277. Dinstag den 27. November. (Ausgegeben Montag den 26. Nachmittags.) 1849.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

I. Kammer. 73. Sitzung vom 24. Novbr.

Die Sitzung wird 10¼ Uhr eröffnet.

Am Ministertische: Graf Brandenburg, v. Ladenberg, v. Rabe.

Präsident theilt mit, daß nach einer Mittheilung des Herrn Kriegsministers der heutigen Sitzung Herr v. Griesheim als sein Vertreter fungiren werde.

Der Abg. Mieling erhält den nachgesuchten Urlaub.

Vor Beginn der Berathung theilt der Präsident noch mit, daß die Abgeordneten Graf Dönhof und v. Zurmühlen, v. Brünneck und v. Zander sich über die verschiedenen von ihnen eingebrachten Amendements geeinigt und unter Zurückziehung derselben das nachfolgende gemeinschaftlich vorlegen:

An die Stelle des Artikels 63 Alinea 1 und 2 des Vorschlages des Centralausschuss's Folgendes zu setzen: „Die Letzteren werden in direkter Wahl von denjenigen dreißigjährigen Urwählern (§ 67) gewählt, welche in ihrem Wahlbezirke die höchsten direkten Staatssteuern zahlen. — Die Wahlbezirke werden nach Maßgabe der Bevölkerung abgegrenzt. In jedem Wahlbezirke bilden die höchstbesteuerten Urwähler in 50facher Zahl der zu wählenden Abgeordneten den Wahlkörper. Das Nähere bestimmt das Wahlgesetz."

Das Amendement wird unterstützt und man geht zur Tagesordnung: der Fortsetzung der Berathung über Tit. V. der Verfassung über.

v. Reibnitz erklärt sich mit den Ansichten des Abg. v. Auerswald (gestr. Sitzung) einverstanden.

v. Tepper für das Amendement Wachler, indem er sein Unter-Amendement zurückzieht.

Milde erklärt sich für das Amendement Kisker und hält das Grundeigenthum keineswegs für die Garantie einer konservativen Gesinnung, mehr als das würde der Besitz von Staatsschuldscheinen es sein. Wird jener Maßstab des Grundeigenthums für die Wahlberechtigung angenommen, so werden die Industrie, alle Intelligenz der Städte und die Beamten ausgeschlossen.

v. Jordan erklärt sich prinzipaliter für den Antrag Dönhof, eventualiter für den kombinirten Antrag Dönhof-Brünneck und Genossen.

v. Bernuth legt dar, daß wenn man das Amendement Dönhof annehme, so würden für 180 Abgeordnete 9000 Wähler vorhanden sein, unter welchen nur diejenigen, die 48 Rthl. Klassensteuer zahlen, begriffen sind, während sein Vorschlag die mit inbegreife, welche 24 Rthl. Steuer zahlen. Dadurch werde das Zweikammersystem leiden, man werde durch Annahme des Amendements Dönhof das Ansehen der ersten Kammer schwächen.

v. Brünneck berichtigt den Vorredner.

Hermann verzichtet auf das Wort.

Denzin spricht für sein Amendement.

Antrag auf Schluß der Debatte, Ritter spricht dagegen, weil noch nicht die Frage besprochen, ob die Krone keinen Antheil an der Bildung der ersten Kammer haben solle? — Es sind noch 9 Redner. Der Schluß wird angenommen.

Berichterstatter Baumstark: In den Abtheilungen hat sich eine große Anzahl für das Prinzip der Verfassung ausgesprochen und der Centralausschuß schlägt in großer Mehrheit dies Prinzip der Kammer vor. Die Kammer hat debattirt und es ist so, als habe der Central-Ausschuß gar nicht existirt. Es ist dies keine erfruliche Erscheinung für den Referenten des Central-Ausschusses. Wir werden jetzt die Lebensfrage der ersten Kammer zu entscheiden haben, jetzt wo die Verfassung einem stark gerupften Zugvogel gleicht. Ich bitte Sie dringend, meine Herren, alle sonst zwischen uns vorgekommenen Mißverständnisse bei Seite zu lassen und nur die Sache selbst im Auge zu behalten. (Beifall.) — Wenn man die Amendements ins Auge faßt, so scheint es nicht, daß eine große Majorität für dieselben sich finden wird, eine Majorität, die aus eines Jeden innerer Prüfung hervorgehend, als die wahre zu bezeichnen ist. Die Amendements muß ich leider in 9 verschiedene Kategorien bringen: 1) Erblichkeit der Korporations-Vertretung (Stahl, Keltsch und Triest), 2) Kammer aus Prinzen, Standesherren und direkten Wahlen (Zander); 3) Kammer aus Prinzen, vom Könige Ernannten und aus Wahlen (Brauns, Ritter); 4) Wahlkammer aus direkten Wahlen mit Prinzen (Dönhof, Kisker); 5) Wahlkammer aus indirekten Wahlen mit Prinzen (Wachler, Denzin); 6) Wahlkammer, ⅓ direkt, ⅔ indirekt gewählt, mit Prinzen (Itzenplitz); 7) Wahlkammer aus Kreisvertretern (Kuh); 8) System des Central-Ausschusses (du Vignau) und 9) Provisorium (Wachler, v. Witzleben.) — Hierauf geht der Berichterstatter auf die einzelnen Amendements näher ein. Er spricht sich gegen die Pairie durch königliche Ernennung aus und gegen den Satz, Handel und Industrie zu Mitgipfelpunkten der Pairie zu machen, was immer nur eine Konzession an eine Partei sein werde. Eben so fehle uns eine Staatskirche und reich dotirte Bischöfe, wenn diese, wie in England, im Oberhause sitzen sollten. Die Universitäten werden wissen, daß ihr Platz nicht in der Pairskammer ist. Es giebt kaum noch Etwas, was nicht in die Pairskammer kommen soll, aber eine gemischte Pairie, die keinen politischen und keinen nationalen Boden hat, ist unmöglich, weil das Volk kein Vertrauen dazu hat. Referent erklärt sich gegen die Kategorien ad 2—6; ad 7 bemerkt er, daß er principaliter für Kreisvertretung sei, in welcher mehr als in der Provinzialvertretung ein historisches, stabiles und nationales System der Vertretung zu finden sei. Das Provisorium hält er nicht für nöthig, und schließt sich hier dem Amendement Tamnau an: „**Gehen Sie, meine Herren, jetzt nachdem der Referent seine schwere Pflicht erfüllt hat, mit frischem Muthe an die Arbeit der Abstimmung.**" (Beifall.)

Der Finanzminister v. Rabe ist inzwischen eingetreten.

Nach einer längeren Berathung über die Fragestellung wird ein Antrag des Abg. Burmeister auf namentliche Abstimmung über alle Anträge verlesen, aber nicht unterstützt.

Anträge auf namentliche Abstimmung über die Anträge der Abgeordneten Stahl, Denzin, Wachler, von Dönhoff, Kisker, v. Bernuth werden unterstützt.

Die Zahl der zur ersten Kammer gewählten Mitglieder soll die Zahl 180 nicht übersteigen, wird mit großer Majorität angenommen.

Der Unter-Antrag des Abgeordneten Triest wird abgelehnt; der Unter-Antrag des Abgeordneten Brüggemann ebenfalls.

Die entschiedene Majorität beschließt, daß Nr. 3 im Stahlschen Antrage, falls dieser angenommen wird, wegbleiben soll.

Diese Nr. 3 lautet:

Die erste Kammer besteht aus 60 Mitgliedern, welche der König in erblicher Weise ernennt. Sie müssen ein jährliches Einkommen aus Landbesitz von mindestens 8000 Rtlr. haben.

Ueber den übrigen Theil des Antrages des Abgeordneten Stahl findet namentliche Abstimmung statt.

Gegen denselben stimmen u. A.: Camphausen, Carl, Dahlmann, Dannenberger, Denzin, Di Dio, v. Dönhoff, Delius, Emunds, Fischer, v. Franzius, Frech, Gierke, Goltdammer, v. Jordan, Heffter, Helldorf, Herrmann, v. Kathen, v. Keltsch, Kisker, Kühne, Kuh, Kupfer, v. Kries, v. Ladenberg, Lange, Livonius, Mätzke, Menzel, Milde, v. Münchhausen, Möwes, Martins, zur Mühlen, v. Olfers, v. Oppen, Pinder, Pückler, v. Rabe, v. Reibnitz, Rönne, v. Schleinitz, Schmückert, Schulze, Tamnau, Du Vignau (Thorn), v. Vincke, v. Wittgenstein, Wodiczka, Wulffsheim, Alvensleben, v. Ammon, v. Auerswald, Graf und Freiherr v. Arnim, Beer, Bornemann, v. Borries, Graf Brandenburg, Braun, Brauns, Brüggemann, von Brünneck, Burmeister, v. Bianco. Für denselben stimmen unter Anderen: v. Kanitz, Colsman, Cottenet, v. Daniels, Graf Fürstenberg, v. Gaffron, v. Gerlach, v. Gustedt, v. Hertefeld, Graf Hochberg, Hülsmann, Jakobs, Graf Itzenplitz, v. Katte, v. Limburg-Styrum, v. Olberg, Nitzsch, Ritter, v. Rietz, Sägert, v. Schliefen, Graf Schweinitz, Stahl, v. Strachwitz, Stünzner, v. Seidlitz, Graf Schulenburg, Triest, Uhden, Du Vignau (Erfurt), v. Witzleben, Graf York, v. Zander, v. Bethmann-Hollweg, Böttcher.

Abg. v. Manteuffel enthält sich der Abstimmung.

Von 145 Abgeordneten stimmen 40 für, 105 gegen den Antrag des Abg. Stahl; derselbe ist also abgelehnt.

Der Antrag des Abgeordneten v. Keltsch wird fast einstimmig abgelehnt. Eben so folgender Antrag des Abg. Ritter:

Die hohe Kammer wolle beschließen, anstatt der Art. 62 und 63 folgende beiden Artikel anzunehmen: Artikel 62. Die erste Kammer besteht: 1) aus den Prinzen des königlichen Hauses, sobald sie das 18te Lebensjahr zurückgelegt haben; 2) aus 240 berufenen Mitgliedern. Artikel 63. Von diesen 240 zu berufenden Mitgliedern wird der dritte Theil von der Krone auf Lebensdauer ernannt aus dem Stande der geistlichen Würdenträger, der hohen Beamten, der Gelehrten, der Künstler und der Industriellen, die andern zwei Drittheile werden durch die Höchstbesteuerten gewählt.

Ueber den Unter-Antrag des Abg. v. Bernuth, betreffend die Aufnahme der Zahl 100 statt der Zahl 50 in dem Antrage der Abgeordneten v. Dönhoff und Genossen findet namentliche Abstimmung statt. Dieselbe ergiebt von 142 Anwesenden 64 Stimmen für, 78 gegen den Antrag des Abg. v. Bernuth. Sollte also der Antrag der Abgeordneten v. Dönhoff und Genossen angenommen werden, so wird die Zahl 50 darin beibehalten.

Ueber den Antrag des Abg. Dönhoff und Genossen findet ebenfalls namentliche Abstimmung statt. Für denselben unter Anderen: v. Gerlach, Grein, von Gustedt, Heffter, v. Jordan, v. Itzenplitz, v. Katte, v. Keltsch, Lange, zur Mühlen, v. Reibnitz, v. Rietz, v. Saucken (Tufhainen), Stahl, Stünzner, v. Seidlitz, v. Witzleben, Graf York, v. Zander, v. Auerswald, Graf Arnim, Böttcher, Brüggemann, v. Below, v. Canitz, Di Dio.

Gegen denselben stimmen unter Anderen: Grützmacher, Heine, Helldorf, Herrmann, Hompesch, Kisker, Knoblauch, Kühne, Kuh, Kupfer, v. Kries, v. Ladenberg, Livonius, Mätzke, v. Manteuffel, Menzel, Milde, Möwes, Martins, v. Olfers, v. Oppen, Pinder, v. Rath, v. Rönne, Schmückert, Sperling, Tamnau, Triest, v. Vincke, Wodiczka, Wulffsheim, v. Ammon, Freiherr v. Arnim, Graf Brandenburg, v. Bassewitz, v. Bianco, Camphausen, Dahlmann, v. Daniels, Dieterici.

Von 142 Anwesenden stimmten 59 für, 83 gegen denselben. Der Antrag ist also abgelehnt.

Auch über den Antrag des Abg. Kisker findet namentliche Abstimmung statt.

Gegen denselben stimmten unter Anderen: Fischer, v. Franzius, Graf Fürstenberg, v. Gerlach, Gierke, Grein, Heffter, Jakobs, Graf Itzenplitz, v. Katte, Kühne, Kuh, Kupfer, v. Kries, v. Ladenberg, Mätzke, v. Manteuffel, Martins, Matthie, Menzel, zur Mühlen, Nitzsch, v. Olfers, Pinder, Graf Pückler, v. Rabe, v. Reibnitz, Ritter, Sägert, v. Sanden, v. Schaper, v. Schleinitz, Schlieffen, Schmückert, Graf Schulenburg, Stahl, von Strachwitz, Stünzner, Triest, du Vignau (Thorn), Wachler, v. Wulffen, Graf York, v. Zander, Graf Alvensleben, Graf und Freiherr von Arnim, v. Bethmann-Hollweg, Böttcher, Bornemann, Graf v. Brandenburg, Brüggemann, Burmeistlr, Camphausen, Dahlmann, di Dio, Graf Dönhoff.

Für denselben stimmen unter Anderen: Grützmacher, Graf Helldorf, Graf Hompesch, v. Kempis, v. Oppen, Scheller, v. Vincke, v. Below, Böcking, Colsmann, Emunds.

Von 142 Anwesenden stimmen 30 für, 112 gegen den Antrag des Abg. Kisker. Derselbe ist also abgelehnt.

Die Majorität beschließt, im Falle der Antrag des Abgeordneten Denzin angenommen werden sollte, auch folgenden Zusatz hinter Alinea 2 dieses Antrages einzuschalten: Je 50 Urwähler haben einen Wahlmann zu wählen.

Ueber den Antrag des Abgeordneten Denzin findet namentliche Abstimmung statt.

Dafür stimmen u. A. Grützmacher, von Olberg, Schmückert, Graf Schulenburg, Triest, Waldow, von Witzleben, Dieterici, Graf Dönhoff. Dagegen stimmen u. A.: Uhden, v. Vincke, von Wittgenstein, Heffter, Heine, Herrmann, Gr. v. York, Wulffsheim,

v. Ammon, Hochberg, Hülsmann, Jakobs, Graf und Freiherr v. Arnim, v. Below, Itzenplitz, v. Kempis, Kisker, von Bernuth, Bötticher, Bornemann, Kühne, Kuh, Kupfer, von Kries, Graf Brandenburg, Brüggemann, v. Ladenberg, Livonius, Mätzke, v. Canitz, Dahlmann, v. Daniels, v. Manteuffel, Menzel, Milde, Di Dio, Frech, Graf Fürstenberg, Nitzsch, v. Oppen, Pinder, Camphausen, Gr. Pückler, v. Rabe, Ritter, v. Rönne, Sägert, v. Schaper, Schaller, Gr. Schliffen, Stahl, Gr. Strachwitz, Tamnau.

Von 141 Anwesenden stimmen 26 für, 115 gegen den Antrag des Abgeordneten Denzin. Derselbe ist also abgelehnt.

Abg. v. Gerlach enthält sich der Abstimmung über den Antrag des Abgeordneten Denzin. Ueber den Antrag des Abgeordneten Wachler wird ebenfalls namentlich abgestimmt. Dafür stimmen u. A. Herrmann, Kisker, Kupfer, v. Kries, Livonius, Milde, Möwes, v. Rath, v. Rönne, Scheller, v. Tepper, du Vignau, (Thorn), v. Vincke, v. Bernuth, Böcking, Emunds, Frech, Grützmacher. Dagegen: Heffter, v. Hertefeld, Jakobs, v. Jordan, Gr. Itzenplitz, v. Katte, v. Keltsch, Kühne, Kuh, v. Ladenberg, Mätzke, v. Manteuffel, zur Mühlen, Nitzsch, v. Oppen, Pinder, Gr. Pückler, v. Rabe, Ritter, Sägert, v. Schaper, v. Schleinitz, Sperling, Stahl, Gr. Strachwitz, Stünzner, Triest, Uhden, du Vignau, (Erfurt), v. Witzleben, Wulffsheim, Gr. York, v. Zander, Gr. Alvensleben, Graf und Freiherr v. Arnim, v. Auerswald, Bötticher, Graf Brandenburg, Burmeister, v. Canitz, Dahlmann v. Daniels, Denzin, Dieterici, Di Dio, Gr. Dönhof, Fischer, v. Gerlach, Gierke, Grein, v. Gustedt.

Von 136 Anwesenden stimmen 38 für, 98 gegen den Antrag des Abg. Wachler. Derselbe ist also abgelehnt.

Der Antrag des Abg. Tamnau:

Die Kammer wolle beschließen: 1) in dem zweiten Absatz des von dem Central-Ausschuß vorgeschlagenen Art. 63 hinter den Worten: „welche mit der höchsten Grundsteuer belastet sind", einzuschalten: das 30. Lebensjahr vollendet, nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren haben und seit wenigstens einem Jahre preußische Staatsbürger sind.

wird angenommen. Eben so folgender Antrag des Abg. Tamnau:

2) dem Artikel 63 folgende transitorische Bestimmung hinzuzufügen: Sollte bis zur nächsten Wahl für die erste Kammer das Gesetz über die anderweitige Ordnung der Gemeinden und Kreise noch nicht zur Ausführung gebracht sein, so kommen bei der Wahl der späterhin von den Kreis-Vertretern zu wählenden Mitglieder dieser Kammer (Art. 63), die Bestimmungen des interimistischen Wahlgesetzes für die erste Kammer vom 6. Dezember 1848 in Anwendung. Die Legislaturperiode der nach diesem Grundsatz zusammengesetzten ersten Kammer wird auf zwei Jahre festgestellt.

Die Fassung des Ausschusses wird jedoch mit diesen Zusätzen abgelehnt.

Die Fassung der zweiten Kammer und der Antrag des Abgeordneten Kuh werden ebenfalls abgelehnt.

Nach Ablehnung eines Untrages des Abg. v. Ammon findet über folgenden Antrag des Abg. Mätzke namentliche Abstimmung statt:

daß die Artikel 62 und 63 der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember 1848 dahin abgeändert werden: Die Bildung der ersten Kammer bestimmt ein mit vorheriger Zustimmung der Kammern zu erlassendes besonderes Gesetz, welches dann als ein Theil der Verfassungs-Urkunde gelten wird. Bis zum Erlasse dieses Gesetzes verbleibt es bei dem interimistischen Wahlgesetz vom 6. Dezember 1848.

Von 138 Anwesenden stimmen 84 für, 51 gegen den Verbesserungs-Antrag des Abg. Mätzke. Derselbe ist also angenommen.

Schluß 4¼ Uhr.

Nächste Sitzung Montag 10 Uhr.

II. Kammer. 60. Sitzung vom 24. Novbr.

Präsident: Graf Schwerin. Am Ministertisch: Frhr. v. Manteuffel, Simons und Regierungs-Kommissarius Schellwitz; später v. d. Heydt, Frhr. v. Schleinitz. Da die Versammlung nicht beschlußfähig erscheint, wird der Namensaufruf vorgenommen.

Ein Schreiben des Präsidenten der ersten Kammer zeigt an, daß die Vorlage der Regierung, betreffend die Bestrafung der Beschädigung von Telegraphen-Anstalten rc. von der ersten Kammer angenommen worden.

Die gestern vertagte allgemeine Diskussion des Agrargesetzes wird wieder aufgenommen.

Bauer (Stargardt) in längerer Rede für den Gesetz-Entwurf, dessen einzelne Bestimmungen er beleuchtet, nachdem er sich und seine Partei gegen die von dem Grafen Arnim erhobenen Beschuldigungen verwahrt hat.

Wehmer rechnet alle den Gutsherren bereits zugemutheten und von ihnen schon gebrachten Opfer vor; er ist prinzipiell nicht gegen das Gesetz, aber einzelne Bestimmungen desselben hält er für gefährlich.

v. Werdeck: Das Gesetz fordere allerdings Opfer, aber so weit das allgemeine Wohl es fordere, müssen dieselben auch gebracht werden. Er wolle einen kräftigen, unabhängigen Bauernstand, der Gesetz-Entwurf wolle Befreiung des Bodens von allen Reallasten, das sei ganz gut, allein nicht genügend; der Gesetz-Entwurf sei einseitig und habe statt der Menschen nur die Sachen im Auge. Durch die unbedingte Annahme des Gesetzes würden den Kirchen und wohlthätigen Stiftungen große Verluste erwachsen, und man nehme am Ende den Armen, um es den Reichen zu geben. In Betreff der kleineren Grundbesitzer werde er sich jeder Maßregel anschließen, welche, selbst noch in höherem Grade, als der Gesetz-Entwurf es thut, geeignet sei, ihnen eine Erleichterung, einen Vortheil zu gewähren. Das erfordere die Klugheit ebensowohl als die Gerechtigkeit. Die Sache sei sehr ernst, es gelte nicht sowohl die politische Revolution zu schließen, als die soziale zu verhüten.

Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt.

v. Kleist-Retzow: Die Gerechtigkeit mache die Völker stark, während die Ungerechtigkeit sie ins Unglück führe. Er bedauere, dem Ministerium in dieser Frage gegenübertreten zu müssen. Man nähme durch dieses Gesetz den Pfarrern einen großen Theil ihrer Einnahmen, entziehe den wohlthätigen Anstalten bedeutende Einkünfte. Indem man durch den Gesetz-Entwurf einem Theile der Bevölkerung Vortheile gewähren wolle, füge man einem anderen Nachtheile zu. Die Gesetzgebung vom Jahre 1811 hätte eine angemessenere Entschädigung als der vorliegende Gesetz-Entwurf festgestellt.

Minister v. Manteuffel: Die Gesetzgebung von 1811 sei auch angefeindet worden wegen der Ungerechtigkeit des Prinzips, das vorliegende Gesetz habe dasselbe Schicksal. Was das Proletariat anbetreffe, so glaube er, könne die Gesetzgebung nicht mehr thun, als durch Freiheit der Person und des Eigenthums dem Proletariat die Wege zur Erwerbung von Eigenthum zu öffnen. Die Regierung hoffe, Berechtigte wie Verpflichtete würden später die Nothwendigkeit wie Zweckmäßigkeit des Gesetzes anerkennen. (Beifall.)

Ein wiederholter Antrag auf Schluß wird verworfen.

Graf Renard. Das Gesetz sei nicht eine Folge des Jahres 1848, es würde auch ohne die Ereignisse jener Zeit haben erlassen werden müssen.

v. Bismark-Schönhausen. Bei der Berathung des Gesetzes zeige sich wiederum wie nachtheilig es sei, daß ein Institut, wie das des Staatsrathes, bei uns nicht mehr existire. — Das Gesetz sei zwar den 8 Oberpräsidenten zur Begutachtung vorgelegt worden, aber unter diesen Oberpräsidenten haben sich der Verfasser des Pro memoria und zwei Mitglieder des Pfuelschen Ministeriums befunden. Das seien keine unpartheiischen Beurtheiler. — Im Ministerium verständen in der Regel von 8 Ministern bei solchen Spezialgesetzen 7 nicht, worum es sich eigentlich handle und der Minister, welcher vielleicht allein Etwas davon verstehe, müsse den 7 andern nachgeben, wenn er nicht mit dem ganzen Systeme brechen wolle. — Wenn man die Nützlichkeit über das Recht stelle, so sei man eben revolutionär. — Der Redner bezeichnet den Regierungs-Kommissarius Schellwitz als den Verfasser des Gesetzes und tadelt heftig, daß man obschon eine große Verschiedenheit in den einzelnen Provinzen bestehe, doch ein Gesetz für alle Landestheile erlasse, nur das linke Rheinufer werde ausgenommen; — wenn irgend Jemand die Früchte des Jahres 1848 nicht vorenthalten werden dürften, so seien dies die Bewohner des Rheinufers.

Der Schluß der allgemeinen Diskussion wird beliebt.

Min. v. Manteuffel. Der Redner ist auf das Innere der Gesetzfabrikation eingegangen. Er könne ihm zu seiner Beruhigung sagen, **daß das Fehlen eines Staatsraths schmerzlich gefühlt werde und daß Einleitungen zur Errichtung einer derartigen Behörde getroffen würden.** — Meine Herren, was den uns vorgeworfenen revolutionären Standpunkt betrifft, könnte ich auf das doch wirklich jetzt nicht revolutionäre Oesterreich verweisen. Ich will das aber nicht und bitte Sie, diese Angelegenheit auf gut preußisch zu ordnen. (Beifall.)

v. Patow (persönliche Bemerkung). Der Redner vor mir (v. Bismark) hat das von mir kontrasignirte Pro memoria und meine Unparteilichkeit angegriffen, ich will deshalb hier die Motive jenes Pro memoria kurz erörtern um mich gegen die gemachten Vorwürfe zu vertheidigen. (Der Präsident bedeutet den Redner, daß er dies nicht gestatten könne, worauf Herr v. Patow auf das Wort verzichtet.)

Kette (als persönliche Bemerkung). Er nehme mit Freuden als Mitarbeiter an dem von dem Abgeordneten v. Bismark so heftig angegriffenen Gesetze, den auf ihn fallenden Theil der Verantwortlichkeit auf sich. — Das Jahr 1848 habe allerdings auch auf das Gesetz Einfluß geübt, aber das Jahr 1848 habe auf Alle und auf Alles Einfluß geübt, ohne dasselbe würde man schwerlich hier berathen. (Lebhafter Beifall.)

Ambronn als Berichterstatter rekapitulirt die Debatte.

Schwarz zieht seinen Antrag, den Gesetz-Entwurf en bloc anzunehmen, zurück und man geht zur speziellen Diskussion über.

Vice-Präsident Simson übernimmt den Vorsitz.

Der Justizminister Simons schlägt event. vor, die Frage wegen der Ausnahme des linken Rheinufers von diesem Gesetze erst später zu entscheiden.

Graf Schwerin tritt gegen das v. Wedellsche Amendement auf, welches sich gegen die Ausnahme des linken Rheinufers erklärt und welches von einigen Rednern der Rechten vertheidigt wird. — Er sei ministerieller Abgeordneter und habe er sich für die Politik eines Ministeriums entschieden, so gehe er auch mit demselben in **materiellen** Fragen.

v. Kleist-Retzow zur Geschäftsordnung: der Herr Präsident nehme an der Diskussion Theil und führe auch das Präsidium, das gehe nach der Geschäftsordnung nicht an.

Vicepräsident Simson: es stehe den Herren Abgeordneten, zu diese Sache in gehöriger Form zur Entscheidung zu bringen, die Geschäftsordnung lasse es zu, daß der Präsident das Präsidium abgebe und die Rednertribüne betrete. — Auf Gegenbemerkungen des Herrn v. Kleist will Herr Simson nicht eingehen und stellt Herrn v. Kleist frei, sich in vorgeschriebener Weise zu beschweren.

Graf Arnim. Er stimme nach seinem Gewissen, es handle sich hier um die Wahrung des Rechtsprinzips, nicht um materielle Interessen. — Es habe eine sehr ernste Zeit gegeben, da habe das Ministerium seine Freunde nicht auf der Seite gefunden, auf der sich der Hr. Graf Schwerin stelle.

Vicepräsident Simson erklärt, **der Herr Graf habe die Grenzen überschritten, die inne zu halten jeder Redner verpflichtet sei.**

Graf Schwerin. Er wünsche, daß die Kammer in der von Hrn. v. Kleist angeregten Frage recht bald entscheide.

Der Titel des Gesetz-Entwurfs wird beibehalten und die Sitzung 3¾ Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung Montag den 26. Nov. 10 Uhr.

Berlin, 24. Nov. Der heutige Staats-Anzeiger enthält das Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Deichbau-Gesellschaft zur Melioration des Nieder-Oderbruchs im Betrage von 1,300,000 Rthlr.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Kreishauptmann v. Thielau auf Neudöbern in der Niederlausitz den rothen Adlerorden zweiter Klasse, so wie dem großherzoglich hessischen Kammerherrn und Territorial-Kommissarius bei der Bundesfestung Mainz, Freiherrn v. Dalwigk, den St. Johanniterorden zu verleihen.

[Der deutsche Verwaltungsrath.] Von dem großherzoglich hessischen Bevollmächtigten ist in der Sitzung des Verwaltungsrathes vom 13ten d. zur Anzeige gekommen, daß „in Gemäßheit des von dem Verwaltungsrathe bei dem Eintritt des Großherzogthums Hessen in das Bündniß gefaßten Beschlusses vom 30. August d., die betheiligten Regierungen, namentlich: beide Hessen, Nassau und Schaumburg-Lippe, sich verständigt haben, den kurhessischen geheimen Legationsrath Dr. Sylvester Jordan und den großherzoglich hessischen Ministerialrath Eigenbrodt zu Mitgliedern des provisorischen Bundes-Schiedsgerichts zu ernennen." Dem Präsidenten des provisorischen Bundes-Schiedsgerichts, Staatsminister von Düesberg, ist diese Ernennung am 17. d. mit dem Ersuchen notifizirt worden, die ernannten neuen Mitglieder einzuberufen und in die Geschäfte des provisorischen Bundes-Schiedsgerichts einzuweisen.

(Staats-Anz.)

[Militair-Wochenblatt.] Neuraehs, Maj. a. D., zuletzt im 4. Infanterie-Regiment gestattet, die Uniform dieses Regiments mit den vorschr. Abzeich. f. V. zu tragen. v. Zweiffel, Hauptmann vom 20. Infanterie-Regiment, zum Major und Kommandeur des 3. Bataillons 30. Landwehr-Regiments. v. Werder, Rittmeister vom 4. Kürassier-Regiment, zum etatsmäßigen Major. v. Krane, Pr.-Lieutenant von demselben Regiment, zum Rittmeister und Escadrons-Chef ernannt. v. Block, aggr. Pr.-Lieutenant vom 8., ins 4 Kürassier-Regiment einrangirt. v. Nordenflycht, Sekonde-Lieutenant vom 5. Infanterie Regiment zum Pr.-Lieutenant. v. Kospoth, Unteroffizier vom 1. Bataillon 7. Regiments, zum Sek.-Lieutenant ernannt. v. Holleben, General-Lieutenant und Kommandeur der 5. Division, als General der Infanterie mit Pension der erbetene Abschied bewilligt. v. Fransecky, Major und Kommandeur des 3. Bataillons 30. Regiments, mit Pension zur Disposition gestellt. v. Loefen, Major und Führer des 2. Aufgebots vom 3. Bataillons 31. Regiments, von diesem Verhältniß entbunden.

A. Z. C. **Berlin**, 24. Novbr. [Tagesbericht.] **Die Agitationen in den Eisenbahnfragen ge-**

gen den Minister v. d. Heydt sind im Zunehmen. Auf der einen Seite haben die Aktionäre der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn, auf der andern die der Köln-Aachener Eisenbahn Coalitionen geschlossen, dort um die staatliche Administration, hier um die Zinsgarantie an die rheinischen Bahnen abzuwenden. Großes Aufsehen macht ein über diese Verhältnisse in der heutigen Vossischen Zeitung unter der Ueberschrift „Zwei Fliegen mit einer Klappe" erschienenen Artikel. Im Gewande gemüthlicher Bestimmung wird die ganze Eisenbahn-Politik des Herrn v. d. Heydt mit der schärfsten Ironie gegeißelt und ihm im Interesse staatlicher Acquirirung der Eisenbahnen die rücksichtsloseste Nichtachtung aller Privatinteressen zum Vorwurf gemacht. — Die Berliner Garnison ist augenblicklich nicht über 20,000 Mann stark, soll jedoch bis zum Frühjahr um 5 — 10,000 Mann vermehrt werden. Sie umfaßt jetzt folgende Truppentheile: das 2. Garde-Regiment, Kaiser Alexander und Kaiser Franz Grenadier-Regiment, das Garde-Schützen-Bataillon, Garde-Pionnier-Abtheilung, Fuß- und reitende Artillerie-Brigade, das 9., 11. und 2. (Königs)-Regiment, 2 Kompagnien vom Garde du Corps, Garde-Kürassier- und Garde-Dragoner-Regiment, endlich das 2. Garde-Landwehr-Ulanen-Regiment. — Für die Eintritts-Billette zu dem Waldeck'schen Prozeß sind den Personen, welche glücklich genug waren, solche zu empfangen, schon bis zu 20 Thlr. geboten. — Der Krim.-Ger.-Dir. Harrassowitz hat sich heute bei den Verhandlungen des Schwurgerichts, denen er eigentlich als Präsident beiwohnen müßte, perhorreszieren (oder vertreten?) lassen, weil, wie bekannt, in einem Steuer-Verweigerungs-Prozeß das Urtheil gesprochen wird und er im vorigen Jahre als Abgeordneter der National-Versammlung bei dem inkulpirten Beschluß ebenfalls zugegen war. Der Kriminalgerichtsrath Stahn präsidirt deshalb heute für Herrn Harrassowitz. — Der Gen.-Lieutenant v. Holleben, welcher bei der Bekämpfung der Insurgenten in Süddeutschland zur großen Zufriedenheit eine Division kommandirte, hat sich wegen seiner geschwächten Gesundheit pensioniren lassen. Der Abschied ist ihm indeß erst jetzt, nachdem er mehrmals um denselben angehalten hatte, in schmeichelhaften Ausdrücken und unter Verleihung des Titels eines Generals der Infanterie, vom Könige bewilligt worden. — Das Comité, welches hier zusammengetreten ist, um die bevorstehenden Wahlen des deutschen Reichstages zu leiten, wird das zu diesem Behufe aufgestellte Programm wahrscheinlich schon morgen der Oeffentlichkeit übergeben. — Es sind in neuester Zeit bei den Kleidermachern auffallend viel Landstands-Uniformen bestellt worden, woran allerlei politische Folgerungen geknüpft werden, über deren Grund oder Ungrund wir jedoch nichts zu sagen vermögen. Es hat sich bei jenen Bestellungen der spaßhafte Fall zugetragen, daß ein Goldsticker, bei welchem ein Kleidermacher die erforderlichen Stickereien bestellte, sich, um vor Schaden gesichert zu sein, die schriftliche Versicherung geben ließ, daß Landstands-Uniformen und nicht etwa Landraths-Uniformen gemeint seien, indem er dabei beharrte, Landstände gäbe es nicht mehr. — Wie die heutige constitutionelle Correspondenz wissen will, sind die Vertrauensmänner der demokratischen Bezirks-Klubs vorgestern zusammenberufen worden, um über eine beim Kammergericht gegen den Polizei-Präsidenten v. Hinkeldey wegen des gewaltsamen Einschreitens der Schutzmannschaften einzureichende Beschwerde zu berathen.

C. B. [Vermischte Nachrichten.] Dem Vernehmen nach wird der jetzige Post-Inspektor Herr Philippsborn, eine der neu zu schaffenden Stellen von General-Postinspektoren erhalten. — Der hiesige „Verein der Aerzte und Wundärzte" beabsichtiget sich aufzulösen. — Der berühmte Opernkomponist Balfe, Kapellmeister am Theater der Königin von England, hält sich hier auf, um seine neue Oper „der Mulatte" auf der Hofbühne zur Aufführung zu bringen. — Meyerbeers „Prophet" wird erst im April 1850 hier unter Mitwirkung des Hrn. Tichatscheck und der Viardot Garcia zur Aufführung kommen. — Gegen die Beamten des Großherzogthums Posen, welche an der Erhebung des vorigen Jahres Theil gehabt haben, wird jetzt eine Reihe von Kriminalprozessen zur Verhandlung kommen. Der frühere Abgeordnete, mehr noch als Partisanenführer bekannt, Justiz-Kommissar Krauthofer (Krotowski), wird im Januar k. J. wegen dieser Angelegenheit vor den Geschwornen stehen. Der früher in den Polenprozeß verwickelt gewesene Referendar Dr. v. Niegolewski wird den Angeklagten vertheidigen. Die Angeklagten können übrigens nur mit Amtsentsetzung bestraft werden; jede andere Strafe ist ihnen durch die Amnestie erlassen.

[Volksvereine. — Geschworne.] Der Konflikt des Polizei-Präsidiums mit den Vorstehern der „Volksvereine" soll auf den Wunsch Sr. Maj. des Königs damit beendet worden sein, daß das Polizei-Präsidium die angedrohte Exekution nicht vollstrecken läßt und es der richterlichen Entscheidung überlassen wird, ob die Vorsitzenden der Vereine verpflichtet sind, die Namen aller Vereinsglieder der Polizei anzuzeigen. Man erzählt sich, daß der Vorsteher eines neutralen Bezirksvereins, der jedoch die Forderung des Polizei-Präsidiums nach dem Klubb-Gesetz nicht für begründet hielt, sich zum König begab, dem er von frühern Zeiten nicht unbekannt ist, und demselben den Stand der Sache klar darlegte. Se. Majestät soll hierauf in einem Gespräch mit dem Polizei-Präsidenten den Wunsch ausgesprochen haben, eine Versöhnung der Parteien zu bewirken und solche nicht durch Gewaltmaßregeln noch mehr von einander zu stoßen. — Einige Geschworene, welche öffentlich geäußert hatten, daß sie Waldeck auch ohne Durchlesung der Anklageakte verurtheilen würden, da ein Mann, der sieben Monate von unsern Gerichten in Haft genommen ist, schuldig sein müsse, sind, wie man hört, in Folge dieser dem Kriminalgerichte denuncirten Aeußerung von der Geschworenenliste für den Waldeckschen Prozeß gestrichen worde, da jeder Geschworene unbefangen und unparteiisch sein Urtheil abgeben müsse. (Konst. Ztg.)

[Steuerverweigerungsprozeß.] Heute ist vor dem Berliner Schwurgerichtshof der erste Prozeß wegen Verbreitung des Beschlusses der ersten preußischen Nationalversammlung vom 15. November v. J., betreffend die Nichtberechtigung des Ministeriums Brandenburg zur Erhebung von Steuern, in der Absicht zur Verweigerung der Steuern aufzufordern oder aufzureizen, zur Verhandlung gekommen. Die Geschworenen haben die Angeschuldigten, Höflein, Neumann und Budow aus Liebenwalde, für Nichtschuldig erklärt. Wir kommen auf den Gegenstand zurück.

[Das Interim.] Nachdem nunmehr die Beitrittsurkunden sämmtlicher deutschen Staaten bis auf einige kleine mitteldeutsche, zu dem Vertrage zwischen Oesterreich und Preußen über das Interim am Bunde eingegangen sind, werden, wie man vernimmt, auch die königl. preußischen Kommissäre zur Bundeskommission, die Herren v. Radowitz und v. Bötticher, Ende dieses Monats sich nach Frankfurt begeben, um gemeinschaftlich mit den österreichischen Kommissarien die Leitung der Bundesangelegenheiten zu übernehmen. (Konst. Ztg.)

Königsberg, 22. November. [Stadtverordneten. — Journal-Konfiskation.] In der vorgestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde der Antrag gestellt, die Versammlung möge nach Analogie der Stadtverordneten von Berlin eine Petition an die Kammern um Beibehaltung der Städteordnung vom Jahre 1808 richten. Die Versammlung ging aber über diesen Antrag zur Tagesordnung über, nachdem bemerkt worden war, daß, wenngleich die neue Gemeindeordnung manche Beschränkungen enthalte, von denen die Städteordnung nichts wisse, sie doch immer eine Grundlage darbiete, auf der weiter fortgebaut werden könne, und daß die Berliner Stadtverordneten auf einem Standpunkt sich befänden, der von Wenigen im Lande getheilt würde. — Gestern früh wurde die hiesige radikale „Dorfzeitung" von der Polizei auf der Post, in der Druckerei und in den öffentlichen Lokalen in Beschlag genommen. Fast jeder in derselben befindliche Artikel enthält mehrere Preßvergehen. (Reform.)

Stettin, 23. Nov. [Steuerfrage. — Vermischtes.] Vor einigen Tagen ist in der hiesigen Stadtverordnetenversammlung die Frage über die Abschaffung der Schlacht- und Mahlsteuer und Einführung der vom Ministerium projektirten Einkommensteuer debattirt worden. Die Versammlung hat sich jedoch mit überwiegender Stimmenzahl gegen dieselbe entschieden; eben so hat dieselbe den Vorschlag des Magistrats mit den 10 größten Städten des Landes über diese Steuerfrage in Berathung zu treten, abgelehnt. — Die stralsunder Kaufmannschaft beabsichtigt, eine kaufmännische Bank für Neuvorpommern zu begründen. Auch soll daselbst eine Darlehnskasse für Handel, Industrie und Handwerk errichtet werden. — Seit dem 15. Oktober ist auf Staatskosten eine besondere Unterrichtsanstalt für die Ausbildung von Schiffern in Kolberg errichtet und somit einem wirklichen Bedürfniß unserer Hafenstadt abgeholfen worden. (Ref.)

Köln, 22. Nov. [Die Betheiligten an den Mai-Ereignissen.] Am 16. d. M. hat der Anklagesenat des hiesigen königl. Appellations-Gerichtshofes gegen die 241 an den Elberfelder Mai-Ereignissen Betheiligten ein Urtheil erlassen, und 193 derselben vor die nächsten Assisen verwiesen, 48 auf freien Fuß gesetzt. Die Anklage lautet dahin: Im Mai d. J. zu Elberfeld ein Attentat verübt zu haben, dessen Zweck war, die Bürger aufzureizen, sich gegen die königliche Gewalt zu bewaffnen, sowie einen Bürgerkrieg dadurch zu erregen, daß man die Bürger des Staates gegen einander bewaffnete. Wir sehen also, wahrscheinlich im Januar künftigen Jahres interessanten Verhandlungen entgegen. (Reform.)

Trier, 17. Novbr. Ein Gerücht, das aber wohl noch sehr der Bestätigung bedarf, verbreitet sich so eben; es heißt nämlich, dem Bischof Arnoldi sei höhern Orts der Befehl geworden, sich nicht aus seiner Diöcese, resp. Trier, zu entfernen. (W. Z.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 22. Novbr. [Tagesneuigkeiten.] Einem hiesigen Bankhause ist die Mittheilung aus Wien zugegangen, daß Freih. v. Kübeck am 24. d. M. die Reise nach Frankfurt antreten werde. Für Herrn v. Radowitz ist die Gartenvilla des vormaligen holsteinischen Bundestagsgesandten v. Pechlin in Miethe genommen worden. Heute wurde der letzte hier residirende Veteran der vormaligen deutschen Bundesversammlung zur Erde bestattet. Es war dies der kaiserlich österreichische Hofrath Weisenberg, in den letzten Jahren Direktor der Bundeskanzlei. — Sicherem Vernehmen nach wird am 26. d. M. das Personal der interimistischen Centralgewalt hier zusammentreten und am 1. Dezember sein Mandat aus der Hand des Erzherzogs empfangen, welcher am darauf folgenden Tage Frankfurt zu verlassen gedenkt. (Fr. J.)

München, 21. November. Se. Excellenz der Herr Staatsminister Dr. v. d. Pfordten ist gestern Abend 8 Uhr hier wieder eingetroffen, und hat heute die Leitung des Staatsministeriums des Aeußeren wieder übernommen. (N. M. Ztg.)

Dresden, 24. Novbr. [Amtliche Nachricht.] Die Eröffnung des gegenwärtig einberufenen ordentlichen Landtags wird den 26sten d. M. durch Seine königliche Majestät im Sitzungssaal der zweiten Kammer erfolgen. (Lpz. Z.)

Oesterreich.

N. B. **Wien**, 24. November. [Tagesbericht.] Ueber die Reduzirung der Armee lesen wir im heutigen „Soldatenfreund" folgende Notiz: „Bei den erbländischen Infanterie-Regimentern werden die Reserve-Bataillone aufgelöst; die Landwehr-Bataillone rükken in ihre bezüglichen Werbbezirke ein und werden pro Kompagnie auf 60 Mann herabgesetzt; die ungarischen Regimenter werden auf 4 Bataill. erhöht, während bei den italienischen gegenwärtig die 10. Division und seiner Zeit auch die 11. und 12., sohin die 4. Bataill. aufgestellt werden. Hiernach wird das Infanterie-Regiment aus 4 Bataill. bestehen. In der Grenze verbleiben 4 Bataill. jedes Regiments effektiv, wovon die 3. und 4. den innern Landesdienst versehen, die 5. und 6. aber beurlaubt und derart schlagfertig erhalten werden, um sie nöthigenfalls in der kürzesten Zeit zum Dienste beizuziehen. Bei den Kavalerie-Regimentern werden die Reserve-Eskadrons aufgelöst. Um die durch diese Reduzirung ausfallenden supernumerären Offiziere thunlichst einzubringen, ist festgesetzt, daß mit den beiden ersten Aperturen höheren Orts verfügt werde, dagegen die dritte für das Avancement im Regimente belassen bleibe. Diese Angaben scheinen uns eines Commentars zu bedürfen. So viel uns bekannt ist, erfolgt die Besetzung der Offiziersstellen in der Art, daß unter 3 vakanten Stellen 2 vom Kriegsministerium und die dritte vom Regimentsinhaber besetzt werden; die Landwehr-Kompagnien werden von 180 auf 60 Mann herabgesetzt, die Cadres der Regimenter bleiben jedoch aufrecht erhalten und außerdem werden die ungarischen und italienischen Regimenter um je 1 Bataillon vermehrt. Wer mit der Militärorganisation näher vertraut ist, wird zwischen obiger Notiz und einem vor einigen Tagen in der „Oesterreichischen Correspondenz" enthaltenen Artikel keinen Widerspruch erblicken. In letzterem wurde nämlich dargestellt, daß eine Staatsersparniß durch Reduzirung des gegenwärtigen Armeestands von 670,000 Mann in diesem Augenblick entschieden verweigert werden müsse; auch den Wünschen der Radikalen näher liegen dürfte, als jenen echten Patrioten, die das Wohl der Monarchie im Auge halten. — Der Ministerpräsident, Fürst Schwarzenberg, ist gestern Abends aus Prag hier eingetroffen. — Der Priester Grolich, früher Cooperator in der Olmützer Diözese, welcher Dienste in der k. k. Armee nahm, wurde durch ein Olmützer Episkopal-Edikt als Apostat erklärt. Falls er nach seiner Entlassung aus dem Militärdienste nicht in den Schooß der Kirche zurückkehrt, wird er am 1. Dezember l. J. exkommunizirt werden. — Aus Prag wird gemeldet, daß die Redakteure der Narodny Nowiny und der deutschen Zeitung aus Böhmen sich bei dem Minister Bach wegen Herstellung eines Rechtszustandes für die Presse, verwendet haben. Eben daher wird durch die in der gestrigen Nummer der Konstitutionellen Blätter für Böhmen enthaltene Aeußerung, der Redaktion die weitere Fortdauer des Belagerungszustandes für Wien (und wohl auch für Prag) in bestimmte Aussicht gestellt. — Die Berufung des russischen Staatsraths Duhamel aus Bukarest nach Petersburg erhält die Aufmerksamkeit auf die östlichen Zustände wach. — Das Krakauer Blatt „Czas" macht in einer seiner letzten Nummern eine furchtbare Schilderung von dem Leben in dem Jasloer Kreise. In Galizien giebt es kein unglücklicheres Geschöpf als den heutigen Grundherrn. Alles hat sich gegen ihn verschworen. Sogar seine Halbbrüder kämpfen mit ihm. Das laufende Jahr war reich an Unfruchtbarkeit, noch verringert durch die Un-

lust des Landvolks. Niemand wollte ohne angemessene Entschädigung arbeiten. Man hatte sich das Wort gegeben und es auch gehalten. Die Regierung, ansehnlicher Vorräthe an Nahrungsstoffen für das ihr ergebene Militair bedürftig, und beabsichtigend, die Grundherren zu unterstützen, traf die Verfügung und ließ an das Landvolk die Aufforderung ergehen, damit dasselbe ihre ehemaligen Grundherren bei der Ernte unterstütze, allein die Aufforderung hatte einen entgegengesetzten Erfolg und anstatt der Hilfe wurde eine beweinenswerthe Lage den Grundherren zu Theil. Der Bauer thut seinem Herrn und Nachbar Abbruch wo er kann, er weidet ihm die Wiesen und Feldfrüchte aus, hauet ihm die Wälder nieder und dergl. mehr. Man lebt dort in der vollkommensten Anarchie; das Eigenthumsrecht ist nicht gesichert. Wenn man sich nicht selbst Gerechtigkeit schafft, hat man keine zu hoffen.

* **Wien**, 24. November. [Stimmung in der Stadt. Gerücht.] Ein schmerzliches Gefühl muß jeden Freund des Vaterlandes durchdringen, wenn er die Vorstädte durchwandelt und sieht, daß das niedere Volk der Zeiten der Aula nicht nur eingedenk ist, sondern seit die Studenten wieder den Studien zuströmen, den Einflüsterungen derselben ganz und willig Gehör giebt. Erster Gegenstand des Hasses ist der hiesige Gemeinderath und schon werden dessen Thaten in Spottliedern unter der bekannten Melodie des Fuchsliedes öffentlich besungen. Nicht besser geht es den Vertrauensmännern, denen in den letzten Tagen, als sie subskriptionsweise für einen Armee-Invaliden- (den Jellachich) Fonds sammeln wollten, meistens die Thür gewiesen wurde. Ueberall spricht sich die Sehnsucht nach der Aufhebung des Belagerungszustandes aus. Es ist notorisch, daß die Arbeiter vollauf zu thun haben. Der materielle Wohlstand hat sich bedeutend gehoben, und trotzdem ist die Stimmung so aufgeregt, wie sie kaum im März 1848 war. — Es geht hier das Gerücht, die Könige von Baiern und Würtemberg würden Se. Majestät den Kaiser in Linz durch einen Besuch überraschen.

X **Triest**, 21. November. [Der passive Widerstand in Oberitalien.] Die Mailänder verharren in ihrem passiven Widerstande, aber nicht in dem lächerlichen Sinne, den man in Deutschland, mit diesem Ausdrucke zu verbinden pflegt. Vielmehr ist es ein finsterer Ernst, ein Geist trauriger Resignation, den die Bewohner dieser Residenz im Ganzen und Großen manifestiren. Es ist bekannt, daß der Italiener sein Schauspiel, wie der alte Römer sein „Panem et circenses“ verlangt. Das Theater von Mailand ist weltberühmt, eine tüchtige Opern-Gesellschaft wird zur Hälfte durch das Munizipium unterhalten; aber Niemand aus dem Bürgerstande läßt sich in den so vielgeliebten Räumen blicken, und Offiziere allein bilden das Theater Pubikum. Der alte Radetzky kann es nicht länger mit ansehen, daß man den jetzigen Zustand als einen Zustand der Trauer betrachtet; er giebt daher die Ordre, das Theater zu Mailand zu schließen, und läßt die Sänger und Sängerinnen nach Verona kommen.

Frankreich.

× **Paris**, 22. Novbr. [National-Versammlung. — Duelle. — Die äußerste Rechte. — Gerrücht von einer Spannung zwischen Frankreich und England. — Aus Turin, Rom und der Lombardei.] Auch in der heutigen Sitzung mangelte es nicht an tumultuarischen Auftritten. Zunächst brachte Pierre Bonaparte eine Interpellation auf die Tribüne, aus welcher hervorging, daß der Cousin des Präsidenten der Republik nach Frankreich zurückgekommen ist, weil er die Republik in Gefahr geglaubt hat. Er griff mit Heftigkeit den, wie er sich ausdrückte, versteckten Einfluß des Elysée, an. Nachdem der Kriegsminister dem Interpellanten würdig geantwortet, und ihn an die Pflichten des Soldaten errinnert hatte, wurde über eine von Bonaparte eingebrachte motivirte Tagesordnung abgestimmt, für welche sich aber nicht mehr als zwei Mitglieder erhoben. — Ein zweiter, sehr tumultuarischer Vorfall ist durch Herrn Thouret angeregt worden, der den Protest der Linken gegen das Benehmen des Präsidenten Dupin in der gestrigen Sitzung, das die Linke der Parteilichkeit bezüchtigt, von der Tribüne verlesen wollte. Der Vorsitzende Baroche wollte die Vorlesung nicht zugeben, und nach einer sehr lebhaften Scene, ging die Versammlung zur Tagesordnung über. — Die gestern verabredeten Duelle haben nun heute wirklich stattgefunden. Es sind Kugeln gewechselt worden zwischen Segur-d'Aguesseau und Bertholon einerseits, und zwischen Brire und Berand andererseits. Segur ist von der Kugel seines Gegners leicht gestreift, und diesem ist der Paletot durchschossen worden; in dem zweiten Duell ist keiner berührt worden. Solche Vorfälle in der parlamentarischen Arena machen einen trüben Eindruck und die Ruhe der Bevölkerung beschämt in dieser Beziehung die Leidenschaftlichkeit der Gesetzgeber. — Die Vermuthung, daß sich die äußerste Rechte mit der durch den gestrigen Moniteur veröffentlichten Anzahl von Präfekten-Absetzungen nicht begnügen werde, findet bereits heute ihre Bestätigung. Die Organe jener Fraktion erklären heute, daß dies blos ein erster Schritt auf dem guten Wege sei, eine erste der öffentlichen Meinung gegebene Satisfaktion, und daß das allgemeine Vertrauen und die Sicherheit nicht eher zurückkehren werden, bis auch nicht mehr ein in Folge der Revolution ernannter Beamter in der Verwaltung sein wird. Gut oder schlecht, sämmtliche Beamte müssen abgesetzt werden. Das ist die Mäßigung und die Versöhnung der Ultra's. — Einige Journale sprechen heute von einer zwischen Frankreich und England eingetretenen Spannung; die Veranlassung soll die Weigerung Frankreichs gewesen sein, England in der Frage der ungarischen Flüchtlinge entschieden zu folgen. Ich erwähne diese Mittheilung ohne ihre Bürgschaft zu übernehmen. — Ueber die Krisis in Turin wird vom 18. gemeldet, daß die Kammerauflösung ganz bestimmt erfolgen werde und daß sogar schon die Einberufung der neuen Wahlkollegien auf den 2. Dezember festgesetzt sein soll. Trotz der vielen Gerüchte, scheint es doch, daß keine Aenderung des Wahlgesetzes für die neuen Wahlen eintreten werde. Allein man frägt sich alsdann mit Recht, was daraus werden soll, wenn die Wähler dieselbe Mojorität auf's neue in die Kammer schicken. Bekanntlich ist dies bereits einmal geschehen, als die Kammer nach der Schlacht bei Novara aufgelöst worden ist. Fast sämmtliche Mitglieder der Majorität wurden wieder gewählt und bilden eben die Majorität der jetzt vertagten Kammer. Wiederholt sich dies Faktum, dann wird uns eine heftige Krise aus der Situation heraushelfen können.*) In Rom hat am 12. ein feierlicher Gottesdienst für die nationale Sache in der Kirche St. Ignace stattgefunden, und gab zu einer Manifestation Veranlassung, die die päpstliche Autorität nicht vorhergesehen hatte, nämlich zu Ehren derjenigen, die für die nationale Unabhängigkeit gefallen sind. Die Manifestation ist übrigens friedlich und ohne Störung vorübergegangen. Eine Stimme rief: „Friede den italienischen Märtyrern, die für das Vaterland gestorben sind!“ — und alsbald fiel ein Regen von Blumen und Kränzen aus allen Theilen der Kirche auf den Altar nieder und ein allgemeines „Amen“ erscholl in der Kirche. — Die von der österreichischen Regierung in der Lombardei angeordnete Aushebung von 15000 Rekruten verursacht daselbst große Aufregung. — In Pavia befürchtete man ernstliche Ruhestörungen.

Großbritannien.

⊙ **London**, 22. Nov. [Die ungarische Emigration.] Der ungarische General Klapka ist wieder hier, wo er seinen bleibenden Sitz nehmen dürfte. Was die deutschen und französischen Blätter von dessen angeblicher Vermählung mit einer reichen Erbin berichten, ist völlig grundlos. Durch die Anwesenheit des General Klapka in London hat die ungarische Emigration hier und in andern Städten einen leitenden Mittelpunkt erhalten, welcher in vieler Beziehung geeignet ist, die heiße Sehnsucht nach der endlichen Ankunft Kossuths weniger schmerzlich zu machen. Es wird sich hier dieser Tage ein ungarisches Central-Comité unter dem Präsidium Klapka's bilden, welches sowohl nach Außen, als auf die Emigration selbst von wohlthätigem Einfluß sein wird. — Ich kann die Leser Ihrer Zeitung auf eine höchst merkwürdige Schrift aufmerksam machen, welche demnächst bei Otto Wigand in Leipzig in deutscher Uebersetzung erscheinen wird. Es ist dies ein **authographisches Exposée Kossuths, welches dieser in Widdin abgefaßt und hierher gesendet hat.** Dasselbe giebt höchst merkwürdige Aufschlüsse über die letzte und wichtigste Geschichtsperiode der ungarischen Revolution, und bietet auch ein um so größeres charakteristisches Interesse, als Kossuth dasselbe in jenem Zeitpunkte geschrieben, wo seiner und seiner Gefährten Auslieferung noch sehr zu befürchten war. Der Uebersetzer dieses Exposée's, ein gewandter deutscher Stilist, hat es mit interessanten Anmerkungen versehen, welche dem deutschen Publikum willkommen sein werden.

*) Aus Turin berichtet ferner die „Armonia“ vom 19. Nov.: „Die größte Ruhe herrschte gestern in Turin. Eine Deputation der Majorität der Deputirtenkammer verfügte sich, wie es heißt, zum Ministerium, um dasselbe zu ersuchen, daß es das Parlament nicht auflösen möge. Die Antwort ist noch nicht bekannt geworden. Wir wollen unsere Meinung über diesen gemachten Schritt nicht aussprechen, sondern abwarten, welche Kraft die Regierung bei dieser Gelegenheit zeigen werde.“

---

§§ **Breslau**, 25. Novbr. [Ein königliches Geschenk] erhielt am verwichenen Sonnabend unser Mitbürger, der Klemptnermeister Vogt, mit folgendem eigenhändig unterzeichneten Schreiben Sr. Majestät des Königs:

„Sie haben Mir in dem von Ihren kunstfertigen Händen aus Zink gebildeten Adler ein so schönes Geschenk dargebracht, und dadurch zugleich Ihren bewährten patriotischen Gesinnungen einen so erfreulichen Ausdruck gegeben, daß Ich Mich lebhaft angeregt fühlte, Ihnen Meinen Dank und Meine Anerkennung in einem geeigneten Gegengeschenke zu bethätigen. Ich hoffe, ein solches in dem beigehenden silbernen Pokale gefunden zu haben, welchen ein Abbild Ihres Kunstwerks als Deckel ziert und worin ein Exemplar Meiner goldenen Huldigungs-Medaille eingelassen ist. Empfangen Sie denselben als ein bleibendes Andenken mit dem Wunsche, daß es für Ihren warmen Patriotismus an freudigen Veranlassungen nie fehlen möge, den Pokal in Ihrer Familie und treuer Gesinnungsgenossen Mitte kreisen zu lassen. Das außerdem beigefügte Exemplar der Huldigungs-Medaille will Ich dem Sektretär bei der Provinzial-Steuerdirektion Voigt verehren, welchem Sie dasselbe daher in Meinem Namen zu behändigen haben. — Sanssouci, 21. Novbr.

Friedrich Wilhelm.“

Entwurf und Ausführung des Pokals lassen auf die vollendete Meisterschaft des Bildners schließen. Der Pokal ist sehr geschmackvoll im Rokokostyle gearbeitet und hat die Gestalt eines Humpens. Auf dem Deckel, welcher eine Krone darstellt, befindet sich die gelungene Nachbildung des von Herrn Vogt gefertigten Adlers; an der vordern Seite des untern Theils prangt die goldene Huldigungs-Medaille. Die Höhe des Pokals beträgt etwas über einen Fuß, das Gewicht wird auf 8 Pfund geschätzt. Der glückliche Empfänger ist für heute zur Tafel des Fürstbischofs geladen, woselbst das königliche Geschenk seine Weihe erhalten soll.

---

* **Breslau**, 26. November. [Der Winter] stellt sich sehr früh ein. Während gestern Nachmittag das Thermometer noch — 1° 2 Réaum. zeigte, war bis Abends 10 Uhr dasselbe bereits auf — 7° 5 gesunken. Heute Morgen um 6 Uhr waren 10° 3 Kälte, um 9 Uhr Morgens 10° 7. — Die Straßen sind mit Schnee bedeckt und das Grundeis der Oder, welches bereits gestern zum Vorschein kam, war diesen Morgen bis zur Ziegelbastion zum Stehen gekommen.

Börsenberichte.

Berlin, 24. November. Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindner 3½% 95 bez. Krakau-Oberschlesische 4% 69¾ à 70 bez. und Br., Prior. 4% 85½ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 52¾ à ½ bez. und Br. Niederschlesisch-Märkische 3½% 83¾ à 84 bez., Prior. 4% 93¾ bez. und Gl., Prior. 5% 102¾ bez., Ser. III. 5% 102 Br. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 31 Br., Prior. 5% 88 Gl. Oberschlesische Litt. A. 3½% 108¾ Gl., Litt. B. 105¾ bez. und Br. — Geld- und Fonds-Course: Freiwillige Staats-Anleihe 5% 106½ bez. Staats-Schuld-Scheine 3½% 89¼ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 101¼ Br. Posener Pfandbriefe 4% 99¾ Gl., 3½% 90 Gl. Preußische Bank-Antheile 93¼ bez. Polnische Pfandbriefe alte 4% 96¼ bez, neue 4% 95½ bez. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 80½ bez., à 300 Fl. 112 Gl.

Berlin, 24. November. Die Stimmung war heute sehr animirt und Kourse der Fonds fest. Eisenbahn-Aktien bis auf Nordbahn, die matter sind, begehrt und für einzelne mehr als 1% höher bewilligt.

Wien, 24. November. Fonds und Eisenbahn-Aktien sehr flau, und zur Notiz mehr Geber als Nehmer. Auch Loose von 1839 niedriger, dagegen Loose von 1834 besser bezahlt. Von Compranten sind fremde Goldspezies, besonders aber Silber in Folge auswärtiger Aufträge höher gegangen. Auch Devisen begehrt, besonders Hamburg und London, und ersteres fehlend und über Notiz bezahlt. 2½ Uhr. 5% Metal. 93⅝ bis ¾; 4½% 83⅛ bis ¼; Nordbahn 107⅝ bis ¾.

§§ **Breslau**, 24. November. (Amtlich.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95½ Gl. Kaiserliche Dukaten — — — Friedrichsd'or 113⅓ Br. Louisd'or 112 7/12 Br. Polnisches Courant 96 Gld. Oesterreichische Banknoten 94 ⁷/₈ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 102 Br. Freiwillige Preußische Anleihe 107 Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rthlr. 3½% 89¼ Br. Breslauer Stadt-Obligationen 3½% 96¾ Gl. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 99⅔ Gl., neue 3½% 90 5/12 Gl. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½% 94¾ Gl., Litt. B. 4% 99¼ Br., 3½% 93 Br. Alte polnische Pfandbriefe — — neue 95 Gld. Polnische Schatz-Obligationen 4% 80¼ Br. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. 81¼ Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 78¾ Gl., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A. 109½ Br., Litt. B. 106¼ Br. Krakau-Oberschlesische 70¼ Gld. Niederschlesisch-Märkische 84 Gl., Priorität 5% — — Serie III. — — Neisse-Brieger 40 Br. Köln-Mindener 94½ Gld., Priorität 103 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 52 Gl. — Wechsel-Course: Amsterdam 2 Monat 142 7/12 Gld. Berlin 2 Monat 99¼ Gl., k. Sicht 100⅙ Br. Hamburg 2 Monat 149⅞ Gl., k. Sicht 151¼ Br. London 3 Monat 6. 26⅙ Gl. Paris 2 Monat 80¼ Gl. Wien 2 Monat 93½ Gld.

Mit drei Beilagen.

Erste Beilage zu № 277 der Breslauer Zeitung.

Dinstag den 27. November 1849.

Breslau, 26. November.

Mit der nunmehr erfolgten definitiven Ausschreibung der Wahlen für den bevorstehenden Reichstag ist uns zugleich die Aussicht auf den endlichen Zusammentritt desselben wieder um einen Schritt näher gerückt. Je näher aber der Zeitpunkt kommt, wo dem deutschen Volke nochmals ein wenn auch beschränkter Boden für die selbstthätige Handanlegung an dem Werk seiner nationalen Neugestaltung dargeboten werden soll, desto dringender ergeht an uns die Aufforderung, den Grund zu prüfen, auf dem das neue Gebäude errichtet, die Materialien zu sondern, aus denen es erbaut, die Baumeister zu suchen, von denen es in Angriff genommen werden soll, die Aufforderung, uns klar zu werden über die Erwartungen, welche wir an den bevorstehenden Reichstag knüpfen, über die Forderungen, welche wir an ihn stellen dürfen, an uns selbst stellen müssen.

Wir müßten uns absichtlich verblenden, wenn wir nicht sehen und anerkennen wollten, daß die, in einem großen Theile von Deutschland wenigstens, das Volk in allen Schichten durchdringende Begeisterung, welche das erste Parlament aus dem Nichts hervorgerufen und eine Zeit lang getragen hat, die Wiege des zweiten Reichstages nicht umgeben wird, daß die Machtfülle, welche man in jene erste Versammlung legte und welche diese selbst beanspruchte, dem zweiten weder zugeschrieben wird noch von ihm in Anspruch genommen werden kann, daß die Hoffnungen, welche man in die Wirksamkeit des ersten setzte, sowohl in Bezug auf die Größe des Zieles als auf die Wahrscheinlichkeit des Gelingens, im Hinblick auf das bevorstehende in ihrer Stärke sowohl als ihrer Verbreitung auf ein sehr geringes Maß zurückgeführt sind. Es läßt sich unmöglich verkennen, daß die damals eingeschüchterten und darum schweigsamen **bewußten Gegner** der nationalen Einigung, die engherzigen Verfechter des Partikularismus, wenn auch an Zahl sich nicht vermehrt, so doch an Zuversicht und Kühnheit unendlich gewonnen, daß ferner auch diejenigen, welche in jener Zeit unter dem nationalen Schilde ihre besondern Parteizwecke noch erreichen zu können glaubten, sich jetzt dem nationalen Gedanken ganz abgewendet haben.

Wir werden es nicht unternehmen, diejenigen bekehren zu wollen, welche in fanatischer Vergötterung eines ausschließlichen Preußenthums der ersten deutschen Macht nur den negativen Beruf in Deutschland zuerkennen, überall die Anarchie niederzukämpfen und sodann bei der Geburt vormärzlicher Ministerien und der Restauration einer vormärzlichen Politik zu assistiren, oder deren Gegenfüßler und — nach dem Grundsatz über die Berührung der Extreme — jetzt Verbündete, welche in gänzlicher Verkennung der Vortheile, welche schon die **Einigung** der Volkskraft gewährt, den Werth einer Gesammtverfassung nur nach der Ausdehnung bemessen, die sie der subjektiven Freiheit gestattet und die für jetzt zu entschiedenen Gegnern der Einheit geworden sind, weil der Weg, auf dem dieselbe nach dem Scheitern des ersten, großartigern Versuches allein noch erstrebt werden kann, zur Verwirklichung ihrer Forderungen vorerst nicht führen wird.

Müßten wir die Ursache jener anscheinend so weit verbreiteten Theilnahmlosigkeit an der Sache des engern Bundes und des Reichstages, der diesen definitiv ins Leben einführen soll, einzig und allein in jenem bewußten Widerstreben suchen, müßten wir das Holz, aus dem der Umbau einer deutschen Verfassung gezimmert werden soll, lediglich aus jenen beiden extremen Lagern nehmen, so würden wir allerdings nicht nur für jetzt an dem Zustandekommen des Reichstages und der definitiven Begründung des Bundesstaates, sondern für immer an der Sache des Vaterlandes verzweifeln und in hoffnungsloser Resignation schweigen.

Aber noch scheint es uns nicht an der Zeit zu sein, einer Hoffnungslosigkeit uns hinzugeben, welche durch den gefürchteten Erfolg immer gerechtfertigt wird, weil grade sie selbst ihn herbeiführt. Noch scheint es uns nicht an der Zeit, an unserer nationalen Kraft zu verzweifeln, welche trotz alles Mißlingens bei den ersten Versuchen dennoch in den letzten beiden Jahren durch außerordentliche Anstrengungen ihr Dasein bekundet hat. Noch scheint es uns nicht an der Zeit, den nationalen Gedanken aufzugeben, weil er, wie so manche andere Märzerrungenschaft, fast wieder verloren gegangen scheint; denn dieser war nicht ein Erzeugniß der Märzbewegung, sondern eine langsam gereifte Frucht des deutschen Geistes und die Bewegung selbst fand in ihm ihre kräftigste Triebfeder.

Wie wir daher an das Fortbestehen des nationalen Bedürfnisses, an die, wenn auch jetzt schwächere, so doch fortdauernde Wirksamkeit des nationalen Gedankens glauben, so glauben wir auch daran, daß ihm seine Träger und Vorkämpfer noch nicht verloren gegangen sind, daß diese, sobald sie von dem Schmerz der ersten Niederlage sich erholt haben, die Arbeit ihres Lebens von Neuem beginnen werden.

Noch giebt es in Deutschland eine große Anzahl von Männern, welche, obschon sie dem sogenannten preußischen Bündnisse zur Zeit noch abgewandt oder nur mit halbem Herzen zugethan sind, dennoch die Erreichung einer staatlichen Einheit für das Vaterland als Hauptziel ihres Strebens sich vorgesteckt haben. Wir denken an die Tausende, welche für die Anerkennung der Reichsverfassung ihre Stimmen erhoben und jetzt mißmuthig schweigen oder in erfolglosen Klagen sich ergehen, weil das Schiff ihrer Hoffnung untergegangen ist. Bringen wir immerhin diejenigen in Abrechnung, welche die Reichsverfassung nur als Panier vortrugen, weil sie unter diesem Zeichen am sichersten ihren besondern Zwecken nachgehen konnten, bringen wir auch diejenigen in Abrechnung, welche als gedankenloser Troß dem allgemeinen Zuge folgten, so wird uns doch noch immer eine achtbare Anzabl übrig bleiben, welche die Reichsverfassung nicht blos wollten, weil sie freisinnig war und die Regierungen sie nicht wollten, sondern die ihr huldigten, weil **deutsch und** freisinnig, oder die sich für sie entschieden, weil sie deutsch, obgleich für ihre Auffassung zu freisinnig war.

Wir denken ferner an die Tausende, welche von der Idee eines ganzen großen und mächtigen Deutschlands, wie es die Frankfurter Versammlung herzustellen strebte, so aufrichtig und lebendig erfüllt sind, daß sie noch nicht sich entschließen können, den schönen Traum mit der dürftigen Wirklichkeit zu vertauschen, welche ihnen der preußische Entwurf in seinem Klein-Deutschland bietet, das von dem Frankfurter Klein-Deutschland wieder nur zunächst ein Theil sein wird.

Wir denken auch an die Vielen, welche selbst mit diesem Klein-Deutschland vorläufig sich begnügen würden, wenn nicht die Befürchtung sie zurückhielte, daß auch in diesem es der preußischen Regierung mit der Durchführung einer wahren Einheit und einer gewissenhaften parlamentarischen Regierung nicht Ernst wäre.

Alle diese Elemente müssen und werden für die Sache des engern Bundesstaates, vielleicht theilweise schon für den nächsten Reichstag gewonnen werden, je mehr auf der einen Seite die Verwirklichung ihres Ideals, der Frankfurter Reichsverfassung, in die Ferne rückt und die Gefahr einer neuen Einschnürung Deutschlands durch die Kabinetspolitik, wozu das Interim leicht den Anstoß geben könnte, ihnen näher tritt, auf der andern Seite aber Preußen mit seinen Verbündeten durch wirkliche Berufung des Reichstages trotz aller feindseligen Intriguen und Drohungen seinen ernsten Willen bewährt und das preußische Volk mit den ihm schon jetzt verbündeten Stämmen durch sein Verhalten bei den Wahlen zeigt, daß es weder eine nochmalige Vereitelung des ganzen Werkes noch eine Revision des Entwurfes vom 26. Mai nach rückwärts zu dulden gesonnen ist.

Es sind das nicht Luftgebilde, welche wir uns zu unserer eigenen Beschwichtigung vormalen, es sind Voraussetzungen, denen die Wirklichkeit bereits zu entsprechen beginnt. Kämpft doch schon jetzt in Würtemberg der ehemalige Minister **Römer**, einer der entschiedensten Gegner des Dreikönigsbündnisses, mit einer nicht unbedeutenden Partei des würtembergischen Volkes für den Anschluß an Preußen, ist es doch schon jetzt fast nicht mehr zweifelhaft, daß die Mehrheit der sächsischen Kammern der treulosen Politik der dortigen Regierung entgegen treten wird, finden doch selbst in Hannover die **Stüve'schen** Manövers und Sophistereien nur in seinem eigenen Organe eine zweideutige Billigung.

Wir dürfen mit Zuversicht hoffen, daß die unzweifelhaft vorhandene **deutsche Partei** sich auch bald wieder zusammenfinden, daß ihre Unterstützung dann dem zufallen wird, der ihr zuerst einen positiven Anhaltspunkt bietet. Der Kern aller Forderungen dieser Partei ist aber die einheitliche Regierung mit wahrer Volksvertretung und hat Preußen durch Herstellung eines Bundesstaates, wenn auch mit Wenigen, diesen positiven Mittelpunkt geschaffen, so muß naturgemäß der Schwerpunkt deutschen Lebens in ihn als den Ausgangspunkt der nationalen Fortentwickelung fallen.

Die aufrichtigen Patrioten haben daher nur dann Ursache, an unserer nationalen Zukunft zu verzweifeln, wenn sie selbst es nicht vermögen, sich unter einander zu verständigen, wenn sie so durch ihre Theilnahmlosigkeit oder ihren Eigensinn der preußischen Regierung zur Bildung eines Reichstages ihre Mitwirkung entziehen, und damit entweder die Herstellung eines Bundesstaats unmöglich machen oder doch den Kabineten einen Vorwand leihen, die nun einmal unumgängliche Errichtung eines engern Verbandes unter den Staaten in ihrem eigenen Sinne und im Sinne der dynastischen Interessen zu unternehmen.

Preußen.

Berlin, 25. November. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Rendanten des Train-Depots zu Breslau, Hauptmann **Mikeleitis**, den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife zu verleihen.

Abgereist: Se. Durchlaucht der Herzog **Karl** zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, nach Dresden; Se. Exzellenz der wirkliche geheime Rath und Ober-Präsident der Provinz Pommern, v. **Bonin**, nach Stettin.

Berlin, 24. Novbr. [Wichtige Erkenntnisse.] In **Breslau** wurde Jemand, der den äußeren Griff einer Hausthür entwendet hatte, wegen **vierten Diebstahls** in Anklagestand versetzt. Vor dem Audienz-Termine ermittelte sich, daß er die Strafe des **dritten Diebstahls** noch nicht ganz verbüßt hatte. Es wurde dennoch unter Zuziehung von Geschworenen verhandelt und Angeklagter wegen eines unter erschwerenden Umständen verübten zugleich dritten Diebstahls, also wegen eines nicht schweren Verbrechens, mit 2 Jahr Zuchthaus belegt. Der Staatsanwalt hat gegen diese Entscheidung die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt, und zwar weil das Schwurgericht sich nicht für inkompetent erklärt habe, und weil Angeklagter nicht blos wegen kleinen gemeinen Diebstahls bestraft sei. Das **Tribunal** hat die **Beschwerde zurückgewiesen**, aber **nicht** etwa aus dem formellen Grunde, daß der Staatsanwalt zur Einlegung des Rechtsmittels im Interesse des Angeklagten nicht befugt sei, es hat vielmehr beide Beschwerdepunkte einer materiellen Beurtheilung unterzogen. Das Tribunal wendet den Grundsatz, daß die größere und umfassendere Kompetenz der Gerichte die Befugniß in sich schließe, Verbrechen geringerer Art vor sich zu ziehen, welcher in § 58 des Gesetzes vom 3. Januar d. J. in Bezug auf Verbrechen ausgesprochen ist, auch auf schwere Verbrechen an, weil davon ausgegangen werden müsse, daß das Verfahrrn vor den Geschworenengerichten geeignet sei, eben so wohl dem Angeklagten, als dem Staate eine größere Garantie für die Feststellung der That und für die richtige Anwendung des Strafgesetzes zu geben, und weil mit Rücksicht hierauf kein Grund zur Beschwerde vorliege, wenn das Verfahren auch da zur Anwendung komme, wo die größere Garantie prinzipienmäßig nicht für erforderlich gehalten sei. In der Sache selbst hat das Tribunal in Uebereinstimmung mit dem Schwurgerichte angenommen, daß ein Thürgriff der fraglichen Art zu den Sachen gehöre, die nicht unter genauer Aufsicht gehalten werden könnten, mithin nur Diebstahl unter erschwerenden Umständen vorliege.

Ein **wohlhabender** Mann, der **Rentier Pastor**, stand gestern vor dem Appellations-Gericht, des wiederholten **Wuchers** angeklagt. Er war in erster Instanz zu einer Geldbuße von 1720 Rthlrn. verurtheilt. Diese Summe kam derjenigen gleich, die er in 4 verschiedenen Geschäften an übermäßigen Zinsen verdient hatte. **Es waren überall Hausobligationen, die die Besitzer von Baustellen für eine beliebige Person, jedoch ohne Empfang irgend einer Valuta, ausgestellt und dann im Wege der Cession an den Angeklagten gediehen.** Der Angeklagte hatte indessen die Valuta nicht an den Cedenten, sondern sofort an den eigentlichen Schuldner gezahlt, und dabei 5 pCt. als sogenannten Verdienst zurückbehalten, auch die Zinsen vom Tage der Ausstellung der Obligationen bezahlt genommen, wenn er die Valuta auch erst allmälig entrichtete. Die Darlehnsnehmer hatten behauptet und der erste Richter hatte es für bewiesen angenommen, daß der Angeklagte diesen Geschäftsverkehr vor Ausstellung der simulirten Obligation mit den Darlehnsnehmern verabredet hatte. Diese Annahme wurde in zweiter Instanz durch eine neue Beweisaufnahme erschüttert. **Bei dieser Gelegenheit sagte ein Zeuge, daß der vierte Theil von ganz Berlin auf diese Weise entstanden sei, weil kein „Geldmann" ein reines Hypothekengeschäft mit Baustellenbesitzern machte, sondern immer nur Obligationen gekauft würden.** „Wenn darüber", fuhr Zeuge fort, „durch den Kommissionär verhandelt wird, so ist mit keiner Silbe davon die Rede, ob auf die Obligation Valuta gezahlt ist, oder wer die Valuta der Cession erhalten soll. Wenn davon gesprochen wird, so giebt es kein Geld." Der zweite Richter nahm nun den Beweis für geführt an, daß der Angeklagte beim Abschluß des Cessionsgeschäfts den Charakter der Obligationen als simulirte Dokumente gekannt habe, hielt schon um deswillen den § 1243 des Strafrechts für anwendbar und bestätigte das erste Erkenntniß. **Diese Entscheidung wird in der Geschäftswelt eine große Sensation machen, da sich wohl Hunderte von „Geldmännern" in derselben Lage wie Herr Pastor befinden möchten.** (Ref.)

[In der heutigen Sitzung des Schwurgerichts] wurde eine bereits im **Hauptblatte** erwähnte Anklage wegen **Steuerverweigerung** verhandelt. Bevor die Anklage verlesen war, nahm der Vertheidiger das Wort und griff in einer kurzen Ausführung die Kompetenz des Schwurgerichts überhaupt an. Der Gerichtshof wies diesen Einwurf zurück. Die Verhandlung wurde fortgesetzt. Die Angeklagten waren der Kriegsreservist **Höflein** und die Schuhmachermeister **Neumann** und **Budow** aus Liebenwalde. Angeklagt waren dieselben der Verbreitung der von der vertagten Nationalversammlung im vorigen Jahre erlassenen Plakate, betreffend den Beschluß der Versammlung, dem Ministerium die Steuern zu verweigern. — Der Angeklagte Höflein war Vorsitzender eines politischen Klubs zu Liebenwalde und erhielt einige Exemplare jenes Plakats angeblich von der National-Versammlung zugesendet, um sie zu verbreiten. Er unterzog sich dieser Verbreitung dadurch, daß er diese Plakate abschreiben ließ und in Liebenwalde vertheilte. Die beiden Mitangeklagten waren ihm dabei behülflich. Es ist deshalb die Anklage wegen versuchten Aufruhrs gegen alle drei Angeklagte erhoben worden. Die An-

geklagten gestehen die ihnen zur Last gelegten Thatsachen ein, erklären sich aber dennoch für nichtschuldig. Nach der Beweis-Aufnahme erfolgte das Plaidoyer des Staats-Anwaltes, welcher gegen die Angeklagten das Schuldig beantragte. — Nach der Beendigung der sehr langen Vertheidigungsrede wurde die Frage für die Angeklagten hauptsächlich dahin gestellt: Ist der Angeklagte schuldig, den von einem Theile der Mitglieder der später aufgelösten Nationalversammlung am 5. November 1848 gefaßten Beschluß, die Nichtberechtigung des Ministeriums Brandenburg zur Forterhebung der Steuern betreffend, verbreitet und dadurch eine Klasse des Volkes oder die Mitglieder der Dorfgemeinde zu Liebenwalde ganz oder theilweise zusammengebracht zu haben, um sich der Obrigkeit zu widersetzen? Das Verdikt der Geschworenen lautete gegen sämmtliche Angeklagte auf „Nichtschuldig", worauf vom Gerichtshofe die Angeklagten entlassen und die Kosten niedergeschlagen wurden. (Ref.)

C. C. [Sitzung der Centralkommission zur Prüfung des Staatshaushalts-Etat, vom 12. bis 15. Novbr.] (Fortsetzung.) Etat der Justizverwaltung. Referent: Abg. Hartmann. Ministerial-Kommissar: geh. Justizrath: Korb. Im Allgemeinen: Zunächst wurde vom Referenten bemerkt, daß, weil in der Justiz im Laufe des Jahres 1849 wesentliche Veränderungen eingetreten seien, die von der Spezialkommission gezogenen Monita nur als Wünsche für die Zukunft angesehen werden könnten.

In Betreff der Sporteleinziehung entschied sich die Centralkommission dahin, daß dieselbe, ohne die Emanirung einer neuen Sporteltaxe abzuwarten, den Finanzbehörden übertragen werden möge, damit der Richterstand möglichst von allen, nicht zunächst vor das Forum des Richters gehörigen Arbeiten entbunden werde.

Im Einzelnen: I. Einnahmen.

a. Sporteln. Gegen den Fraktionsansatz von 3,720,184 Rthl. 12 Sgr. 9 Pf. ließ sich nichts erinnern.

b. Emolumente (unter dem Besoldungstitel mit 332,511 Rthl. 21 Sgr. 1 Pf. wieder in Ausgabe):

1) 1200 Rthl. freie Wohnung des Justizministers. Es wurde monirt, daß dieser Posten nicht auch speziell in Ausgabe stehe und für die Zukunft erwartet.

2) 330,821 Rthl. 21 Sgr. 1 Pf. sonstige Emolumente, bestehend in Gebühren für Aufnahme letztwilliger Verordnungen außer Gerichtsstelle, Kalkulaturgebühren, Wohnungswerthe, Kapitalien-Antheile, Examinationsgebühren. Alle diese Emolumente sollen allmälig immer mehr durch Gehaltsfixa ersetzt werden. Die Herstellung einer Gleichmäßigkeit in den Examinations-Gebühren wurde empfohlen.

c. Verschiedene Einnahmen:

1) 1167 Rthl. 16 Sgr. 3 Pf. jährliche Zinsen eines aus Ersparnissen beim Justizministerium angesammelten Kapitals von 30,000 Rthl. Eine solche Kapitalsansammlung in einer Centralstelle wurde für durchaus unzulässig erklärt und beschlossen, den Betrag hier abzusetzen und dem Finanzminister auf das Konto der Staatsaktiv-Kapitalien zu überweisen.

2) 61,085 Rthl. 12 Sgr. 11 Pf. eigne Einnahmen der Untergerichte aus Jurisdiktionsbeiträgen von Stadtgemeinden und Patrimonialgerichts-Obrigkeiten (die nun größtentheils fortfallen werden), Renten für abgelöste Kriminallasten, Miethen für Gerichtslokalien: nichts zu erinnern.

3) 65,762 Rthl. 4 Sgr. Pensionsbeiträge der Beamten. Es wurde zur Sprache gebracht, daß der Antheil des Justizministeriums am allgemeinen Pensionsfond völlig unzureichend sei, indem jährlich zwischen 60—70,000 Rthl. Pensionen auf das Gehalt etatsmäßiger Stellen angewiesen werden müßten. Die Wiederbesetzung solcher Stellen sei deshalb vielfach nur mit einem hinter dem Etat weit zurückbleibenden Einkommen möglich. Die Kommission erkannte die großen Uebelstände eines solchen Verfahrens an, doch wollte man die Frage, wie dem abzuhelfen sei, einer späteren Erörterung vorbehalten, weil auch in anderen Verwaltungszweigen Aehnliches vorkomme.

C. C. [Die Reallasten der Mühlengrundstücke.] Von der Regierung ist den Kammern ein Gesetzentwurf über die Regulirung der auf den Mühlengrundstücken haftenden Reallasten zur Beschlußnahme vorgelegt. Daß ein solches Gesetz dringendes Bedürfniß ist, läßt sich vielleicht schon aus der Menge von Beschwerden und Petitionen unzähliger Mühlenbesitzer schließen, womit die Kammern in dieser Beziehung bestürmt worden sind. Unter andern enthält der Entwurf auch folgende Bestimmungen. Bei Beurtheilung der Frage: ob die auf einem Mühlengrundstücke haftenden Abgaben durch den § 30 des Edikts vom 2. Novbr. 1810, oder durch § 3 der allgemeinen Gewerbeordnung vom 17. Januar 1848 aufgehoben sind oder nicht — kommen künftig die §§ 1 und 2 der Verordnung vom 9. Febr. 1832 nicht mehr zur Anwendung, sondern lediglich die allgemeinen Grundsätze über Beweislast und Beweisführung. Jeder Prozeß, in welchem diese Frage streitig ist, hat die Wirkung, daß alle noch nicht aufgehobenen Lasten sofort der Ablösungsordnung gemäß, abgelöst werden müssen. Der Reinertrag wird durch Zuschlag von 4 pCt. vom Kaufwerthe und von den etwaigen Entschädigungen für aufgehobene Bannrechte zu dem Jahreswerthe der Reallasten ermittelt. Bei jeder Ablösung endlich ist der Mühlenbesitzer zu fordern berechtigt, daß ihm wenigstens ein Drittel des Reinertrages des Grundstücks verbleibe, die Ablösungssumme also nöthigenfalls um so viel verringert werde. In den auf dem linken Rheinufer belegenen Landestheilen findet das Gesetz keine Anwendung.

[Die niederschlesische Eisenbahn] giebt den Berliner Zeitungen vielfache Gelegenheit, sich für und gegen die bisherige Administration auszusprechen. In der „Const. Ztg." wird folgendes Faktum gegen die bekannte Auslegung des Staatsanzeigers angeführt: „In einer Mittheilung des Staats-Kommissarius vom 9. April 1847 an die Direktion entsagte der Finanzminister in Betracht der Mehrkosten, welche die Nachtfahrten beim Betriebe veranlaßten, dem Rechte für die nächsten drei Jahre, 1848, 1849 und 1850 die Verwaltung der Bahn zu übernehmen, sobald nicht der Zuschuß des Staates zu den Zinsen mehr als ein Prozent des Aktien-Kapitals betrüge. Dies ist nun im Jahre 1848 nicht der Fall. Denn da die Kosten der Nachtfahrten, welche der Staat veranlaßt, allein 279,800 Thlr. betrugen, wie dem Handelsminister speziell nachgewiesen worden ist, so können die Zuschüsse des Staates nur auf 70,200 Thlr. veranschlagt werden, welche er von jenen 350,000 Thlrn. als wirklichen Zinszuschuß betrachten könnte, und also weniger als ein Prozent der Zinsen vom Kapital betragen." — Ferner sagt das genannte Blatt: „Man erwartet nicht, daß der Handelsminister gegen den Protest der Direktion mit Umgehung des Rechtsweges die Verwaltung der Bahn am 1. Januar übernehmen werde und zwar im Wege der administrativen Exekution. Nicht nur Rechtskundige haben sich dafür ausgesprochen, daß dem Minister das Verfahren der administrativen Exekution nicht zustehe." In der „deutschen Reform" finden sich dagegen schwere Anklagen gegen die bisherige Verwaltung, namentlich in Betreff der Waaren-Beförderung. Die Spediteure, welche die hervorgehobenen Vorwürfe treffen, werden daselbst namentlich aufgeführt.

G. **Berlin**, 24. Novbr. [Nachträgliches zu der österr. Depesche.] Meinem gestrigen Briefe muß ich, um jedes Mißverständniß zu vermeiden, eine Nachschrift folgen lassen. Der Protest Oesterreichs ist noch in keine formelle Staatsakte niedergelegt worden. Auch schrieb ich Ihnen von keiner Note. Aber die vorgelesene Depesche enthielt alle Eventualitäten und Preußen hat in der gemeldeten Weise seinem Gesandten in Wien geantwortet. Oesterreich, das in seiner Note vom Ende Oktober nur faktische Bedenken erhoben hatte, regt also jetzt den Rechtspunkt an und thut einen Schritt weiter. Es kann also dieser Punkt der Gegenstand eines ernsten Konfliktes im Schooße der Bundeskommission werden. Dann wäre der Ausspruch der Schiedsrichter abzuwarten. Wir sind also noch nicht am Ende. Es ist aber richtig, daß keine österreichische Aufstellung ohne die gebührende Erwiederung blieb. **Um also Alles zusammenzufassen, ist ein Protest und noch Schlimmeres in eventuelle Aussicht gestellt. Preußens feste und energische Antwort kann ihn und wird ihn aber wahrscheinlich verhindern.** — Herr von Lurde, französischer Gesandter, ist auf sein Verlangen zur Verfügung gestellt worden.

A.Z.C. **Berlin**, 25. November. [Tagesbericht.] Die gestern endlich erfolgte Abstimmung der 1sten Kammer über ihre eigene künftige Organisation nimmt heute fast ausschließlich die Aufmerksamkeit in allen politischen Kreisen in Anspruch. Das Zusammenwirken der Extreme der äußersten Rechten, wie der äußersten Linken, deren Bestrebungen auf Republik oder Absolutismus gehen, waren es, denen wir das gewonnene Resultat verdanken. Nachdem die äußerste Rechte ihre erbliche Pairie hatte fallen sehen, ging sie in allen Abstimmungen mit der Linken und äußersten Linken zusammen und erdrückte durch diese Koalition die Centren. Wir erinnern an das, was wir früher gesagt haben: man wird die erbliche Pairie nicht fahren lassen, so wenig als man die Grundsteuerfreiheit hergeben wird. Man wird über diese beiden Fragen das Ministerium stürzen machen. — Die Ersatzmannschaft des in Baden stationirenden 20. Regiments, welche aus Frankfurt a. d. O., wo sie einexerzirt wurde, hier eintraf, ist gestern durch die Anhaltische Eisenbahn nach ihrem Bestimmungsorte weiter befördert worden. — Das in die Zeitungen übergegangene Wortspiel: „Quanta miseria temporum, ubi aliquid fidei commissum habere non licet", findet auch hier in vielen Kreisen lebhaften Anklang, wird jedoch von nicht befriedigten Gläubigern gewisser Majoratsherren folgendermaßen erweitert: „Quanta miseria temporum, ubi aliquid fidei commissum propter fidei commissum habere non licet." — Wir erwähnten kürzlich, daß aus gesundheits-polizeilichen Rücksichten die Prostitutionshäuser wieder ins Leben treten würden. Es hat jedoch dieser Beschluß aus Rücksichten auf die Moralität eine fast nachdringlichere Befürwortung gefunden, indem die unerfahrenen jungen Mädchen seit Jahr und Tag in erschreckender Anzahl das Opfer der raffinirtesten Gaunerei von Kuppelweibern geworden sind, für welche dieses Geschäft eben so lokkend als einträglich geworden war. Die Zahl der Prostitutionshäuser ist auf sechzig bestimmt worden; sie werden aber wahrscheinlich nicht wieder ganze Straßen bilden, sondern isolirt durch die ganze hiesige Stadt verstreut werden. — Die Zuhörer-Billets zu dem Waldeckschen Prozeß sind bereits sämmtlich vertheilt worden. Der Gemahlin des Hrn. Waldeck sind 12 Billets übersandt, dagegen ist die Presse unberücksichtigt geblieben, wahrscheinlich mit Rücksicht auf die amtliche Stenographirung der Verhandlungen. — Es wird für das Publikum von Nutzen sein, ein sicheres Merkmal zu erfahren, woran die gefälschten Ein-Thaler Darlehns-Kassenschene zu erkennen sind. Es befindet sich auf den ungefälschten Ein-Thaler-Kassenscheinen in der Nummer, dieselbe Nummer noch einmal, und zwar so, daß in der Mitte einer jeden einzelnen Ziffer, dieselbe Ziffer kleiner enthalten ist. Auf Nr. 167 z. B. befindet sich in der Mitte der großen Eins eine kleine Eins, in der Mitte der großen Sechs nochmals eine kleine Sechs und eben so bei der Sieben. Es gehört allerdings ein scharfes Auge dazu, um diese kleinen Ziffern zu entdecken, das Merkmal ist jedoch, wenn man es einmal beachtet hat, ganz unverkennbar, und wird am leichtesten entdeckt, wenn man die Zahl von der umgekehrten Seite betrachtet. Bei allen, wenigstens bis jetzt gefälschten Ein-Thaler-Kassenscheinen, fehlen die erwähnten kleinen Ziffern.

C. B. [Der Waldecksche Prozeß] beschäftigt das Publikum noch immer lebhaft. Es ist jedoch nicht zu verkennen, daß die Stimmung, nachdem man sich überzeugt hat, daß die Regierung dem Prozesse in jeder Beziehung fern steht, eine weniger leidenschaftliche und vulkanische geworden ist. Die versöhnliche Haltung der Regierung, die Sprache, die die Regierungsorgane führen, das „Stehen" des Hrn. v. Manteuffel auch der Junkerpartei gegenüber — sind Momente, die dem Publikum Licht darüber geben, daß in der That eine Kluft liegt zwischen dem Ministerium Manteuffel und der Partei der Kreuzzeitung.

[Die Installation der Bundes-Kommission] wird wahrscheinlich durch den Reichsverweser in Person erfolgen, d. h. er wird der gesammten Bundes-Kommission die Geschäfte übergeben. Liegt hierin auch noch zu guter Letzt der Schein einer Anerkennung der schon längst zu Grabe getragenen Macht, so kann Preußen auf diese Formalität wohl um so eher eingehen, weil dies Anerkenntniß ja keinen andern Zweck hat, als die Absetzung der frühern Reichsgewalt auch formell gültig zu machen. In keinem Falle aber wird man sich darauf einlassen, bei dieser Uebergabe die Bevollmächtigten der andern deutschen Staaten zuzuziehen, da sich bei vielen derselben ohnehin schon Neigung zeigt, das Kollegium dieser besondern Bevollmächtigten, welche nur geduldet sind, als das Plenum, und die Bundes-Kommission als den engern Rath des Bundes zu betrachten. Ueber den Vorsitz wird die Verständigung erst in Frankfurt selbst erfolgen können. Preußen giebt unter keinen Umständen den Anspruch auf das Alterniren auf. Der Geheimerath Matthies wird Herrn v. Radowitz begleiten; seine Geschäftstüchtigkeit und Erfahrenheit haben besonders zu dieser Wahl bestimmt. (D. R.-Z.)

β **Königsberg**, 23. November. [Errichtung eines National-Gymnasiums von Seiten der Preußen-Vereine hiesiger Provinz. — Einstellung der Dampfschifffahrt nach Elbing.] Der Ausschuß der vereinigten konstitutionellen Preußen-Vereine hiesiger Provinz hat eine Aufforderung an seine Mitglieder erlassen, Behufs Leistung jährlicher Beiträge zur Errichtung eines National-Gymnasiums. Nach dem Programm wird als Grund der erfolgten Staatsumwälzungen hauptsächlich die mangelhafte Erziehung unserer Jugend in den Schulen erkannt und dem größern Theil der Lehrer Mangel an Patriotismus und Pietät zum Vorwurfe gemacht. Durch die sorgfältigste Auswahl der Lehrer will man bei der zu errichtenden Lehranstalt ein neues besseres Geschlecht heranbilden. — Seit gestern ist der Dampfschifffahrts-Verkehr zwischen hier und Elbing wegen des eingetretenen Frostes und Schneefalles für dieses Jahr eingestellt worden.

† **Posen**, 24. Nov. [Freude und Hoffnung.] Es hat sich gestern das Gerücht verbreitet, daß endlich die Demarkation des Großherzogthums definitiv im Ministerium verworfen worden sei, sowie jede andere Theilung der Provinz, und daß nur solche Einrichtungen getroffen werden sollen, welche zur Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe — wie z. B. kleinere landräthliche Kreise — zweckgemäß erscheinen. Der Gewerbestand Posens, sowie die Inhaber des städtischen und ländlichen Grundbesitzes können eine solche Lösung nur mit großer Freude begrüßen, was auch geschieht, und da an die Freude sich auch noch die Hoffnung reiht, so wollen wir das baldige Entstehen einer Breslau-Posener Eisenbahn, sowie die Eröffnung der russischen Grenzsperre in Aussicht stellen, wodurch nicht nur Posen ein Emporium des Handels werden würde, sondern auch Breslau seinen sonstigen Handelsglanz gewinnen könnte.

Halle, 22. Novbr. [Freie Gemeinden.] Die am 6. d. M. in Halle stattgehabte politische Verurtheilung des Pastor Baltzer in Zwochau hat auch in seinem eigenen Kirchspiel die stärkste Bewegung hervorgebracht. Aus den sieben dazu gehörigen Ortschaften haben vorerst 149 Familienväter, d. h. Alle, bis auf einige Wenige, den letzten Versuch gemacht und in einer Eingabe an Se. Majestät um Belassung ihres Pfarrers im Amte nachgesucht. Fällt die Antwort verneinend aus, und hat die von Baltzer eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde, wie zu erwarten, keinen Erfolg, so wird man wahrscheinlich zur Bildung einer freien Gemeinde schreiten. — Es haben sich in der neuesten Zeit wieder mehrere „freie Gemeinden" gebildet, z. B. in Weißenfels, in Zörbig, in Löbejün.

(Magdeb. Z.)

Koblenz, 23. Novbr. Es ist bis jetzt noch unbestimmt, wenn der Prinz von Preußen hier wieder eintreffen wird; aber bestimmt ist es, daß er mit kleinen Unterbrechungen den Winter hindurch hier residiren wird. (Mos. Z.)

Düsseldorf, 22. Novbr. [Eine Audienz bei dem Könige.] Nachdem der Gemeinderath in seiner Sitzung vom 6. d. M. eine Loyalitäts-Adresse an den König und deren Ueberreichung durch eine Deputation beschlossen und die Deputation sich ihres Auftrages entledigt hatte, verlas der G.-V. Friedrichs in der heutigen Sitzung des Gemeinderathes als Berichterstatter der Deputation die Verhandlung über die bei dem Könige am 15. d. M. erhaltene Audienz. Der König war tief ergriffen und erwiderte mit bewegter Stimme unter Anderem: Ich will hoffen, daß die Stadt Düsseldorf durch die That beweisen werde, daß der Sinn für Ordnung und Recht und die alte Treue zu Meinem Hause noch unter Ihnen lebe; aber Ich kann und darf es nicht verschweigen, daß Mir sowohl schriftlich als mündlich mitgetheilt wurde, daß bei der bevorstehenden Neuwahl von Gemeinde-Verordneten solche Elemente wieder in den Rath eintreten könnten, von denen Ich denselben frei erhalten zu sehen wünsche. Und wenn Jenes geschähe, so würde Ich zu Meinem Bedauern die Benefizien, die Mein hochseliger Vater der Stadt zugewendet, derselben nicht ferner erhalten können. Ist diese Furcht aber unbegründet und die mir jetzt kund gegebenen Gesinnungen der Bürgerschaft und des Gemeinderathes beseitigen diese Furcht, so dürfen Sie versichert sein, daß wir wider die Alten sind. — Dem Könige wurde nun von Seiten des Gemeinde-Verordneten Notar Coninx noch bemerkt, daß meistens fremde Personen die Aufregung in der Stadt hervorgerufen und unterhalten hätten und daß die Macht des Gesetzes damals fast überall gelähmt gewesen sei, worauf Se. Majestät unter Anderem erwiderte: „Das wüßten Sie wohl, selbst in Berlin sei zuerst die Aufregung durch Fremde entstanden, die verderbliche Gesinnung gleichwohl nach einigen Wochen in diejenige Bevölkerung eingeschlichen, die Anfangs der Anarchie Widerstand geleistet, und Er werde auch nach Berlin nicht zurückkehren, bis der alte Sinn für Ordnung und Recht wieder erstarkt sei u. s. w." Nachdem Se. Majestät noch mit den einzelnen Mitgliedern der Deputation sich längere Zeit über ihre persönlichen Verhältnisse unterhalten, wurden dieselben mit einem herzlichen Handschlage und den Worten entlassen: „Meine Herren! Sie haben Mir eine recht frohe Viertelstunde bereitet. Sagen Sie dies Ihren Kommittenten und leben Sie wohl." (Düsseld. Z.)

Elberfeld, 20. Nov. [Auflösung des Stadtraths.] Man hört, daß unser Stadtrath von Regierungs wegen aufgelöst ist und zwar in folgender Weise: 1) die Herren K. Hecker und Dr. Höchster sind auf Lebenszeit nicht mehr wählbar; 2) die Herren Peters, Schlösser und Blanke dürfen in fünf Jahren nicht mehr gewählt werden; 3) die Uebrigen (mit Ausnahme eines Einzigen) sind auf ein Jahr suspendirt. (Elbf. Z.)

Deutschland.

√ **Frankfurt a. M.**, 22. Nov, [Vermischte Nachrichten.] Der deutschen Klein- und Vielstaaterei ganz analog hat sich in Deutschland auch ein Partikularismus der Presse ausgebildet, an welchem selbst die besten Absichten, große, allgemeine deutsche Organe ins Leben zu rufen, scheiterten. Auf dem Boden dieses publizistischen und journalistischen Partikularismus hat sich ein Korrespondenzsystem entwickelt, das der Krebs an manchem deutschen Zeitungsblatt und ein Grund ist, der der Bildung der öffentlichen Meinung im Wege steht. Ein literarisches Proletariat hat sich auf die Ausbeutung der Tagespresse geworfen und bemißt die Politik und die Kultur nach der honorirten Zeilenzahl seiner Berichte, die es auf Kosten der Wahrheit ausdehnt oder verfertigt. So kommt es, daß nicht bloß der Irrthum, sondern auch die Lüge und absichtliche Verdrehung in die Tagespresse übergeht und diejenige Bildung trübt, welche der Bürger aus der Zeitungslektüre schöpfen soll. Frankfurt ist in diesem Augenblick wegen der von hiesigen Korrespondenten **angefertigten Lügenartikel** berüchtigt und man wird deshalb mit seinen Berichten von hier aus um so vorsichtiger sein müssen. — Die konstituirende Versammlung des Freistaats ging gestern in großem Tumult auseinander. Die Verfassung ist fertig bis auf die Eintheilung des Gebiets in Wahldistrikte; aber der Plan der Opposition ist auch fertig: sie will die Verfassung stürzen, ehe sie Leben hat. Dies wäre wahrlich kein Unglück, wenn nur der größere Organismus, an welchem seit Jahr und Tag gearbeitet wird, gefördert würde. Man hofft hier, daß dies auf dem von Oesterreich betretenen Wege geschehen werde. — Dem hiesigen Ausschuß des allgemeinen deutschen Vereins ist ein Schreiben des österreichischen Handelsministers v. Bruck übersandt worden, in welchem der Minister seine Anerkennung des Strebens dieses Vereins an den Tag legt.

Frankfurt a. M., 22. November. [Die Besatzung von Rastatt.] Eine Entscheidung über eine gemeinschaftliche Besetzung der Reichsfestung Rastatt durch österreichische und preußische Truppen ist noch nicht gefaßt. Die bundesrechtlichen Bestimmungen hierüber sind zwar durch entschiedene Verwahrungen der betreffenden Behörden gesichert; die Schritte, welche das österreichische Kabinet in diesem Betreff gethan, lassen eine baldige Regelung dieser Angelegenheit erwarten. Doch wird dieselbe wohl nicht vor der Einsetzung der Bundeskommission in Vollzug gesetzt werden. Die Angabe öffentlicher Blätter, daß in Rastatt schon Räumlichkeiten für die baldige Aufnahme österreichischer Truppen in Bereitschaft gesetzt würden, hat sich bei näherer Erkundigung als unbegründet erwiesen; von diesfälligen Verfügungen ist hier, wie es doch in einem solchen Falle hätte geschehen müssen, noch nichts bekannt geworden. Es werden übrigens, wie man vernimmt, die Verhältnisse der Reichsfestung Rastatt, so wie überhaupt die fernere militärische Okkupation des Großherzogthums Baden, sobald die Bundeskommission ihre Wirksamkeit begonnen hat, bei dieser Stelle ernstlich zur Sprache gebracht werden. (D. A. Z.)

[Die Stimmung in Bezug auf das Dreikönigs-Bündniß.] In allen Kreisen, wo wahre Vaterlandsliebe und Verständniß der Zeit vorhanden sind, wird hier der Beschluß des Verwaltungsrathes vom 17ten d. M. freudigst willkommen geheißen. Wir sind hier am besten im Stande, die Wirkung entscheidender Thaten zu beurtheilen. Man hat von allen Seiten her das Vertrauen zur preußischen Regierung zu untergraben gesucht, und was jetzt am meisten und mit wachsendem Erfolge in dieser Richtung geschieht, liegt in der Verbreitung des Glaubens, daß der Wille Preußens an besonderen Rücksichten gegen Oesterreich seine Gränze finde. Wer die gegenwärtige Lage Preußens mit derjenigen von 1806 vergleicht, **überzeugt sich ohne Mühe von der größeren Gefahr, welche jetzt eine ähnliche Rücksicht auf Oesterreich, wie damals auf Frankreich, zur Folge haben würde.** Die unvergeßliche Königin Louise widersetzte sich damals mit der ganzen Kraft ihres hochherzigen Wesens jener Partei, welche Preußens Heil nur im Bündniß mit Frankreich zu finden wähnte; es war ein echt deutsches Gefühl der hohen Frau, welches vom Anschluß an Frankreich zurückstieß: **dasselbe Gefühl muß jetzt vor Oesterreich warnen, da der österreichische Kaiserstaat nicht in der Lage ist, die Interessen der deutschen Nation zu vertreten. In der früheren Zeit drohten aber nur Gefahren von außen; ein Aufgeben der deutschen Sache jetzt, bereitet die ungleich größere Gefahr der Revolution.** Unser Glaube steht daher fest, daß Preußen diejenige That nicht scheuen wird, welche den Anschluß an Deutschland vor aller Augen außer Zweifel setzt. — Mit der Wahl von Erfurt hat man sich hier völlig ausgesöhnt; der praktische Sinn verlangt nur, daß etwas gethan werde, wo es geschieht, bleibt sich dabei gleich. (Reform.)

Mannheim, 21. Nov. [Umtriebe der Ultramontanen für Oesterreich.] Leider ist nicht abzuleugnen, daß die ultramontane Partei schnell Boden gewinnt, weder in Karlsruhe noch hier ist es ein Geheimniß mehr, **daß der Hof von Ultramontanen occupirt, und der Großherzog gänzlich von ihnen umgarnt ist. Zwischen den Großherzog und das Ministerium hat sich jene Partei eingedrängt, die Hofzustände sind wieder dieselben traurigen, vormärzlichen Zustände!** Aber die Partei, die früher nur den Absolutismus und die Aufrechterhaltung der Adels- und Standes-Vorrechte wollte, verfolgt jetzt andere Zwecke. **Die Mediatisirung und Theilung Badens ist ihr Ziel, zu den Erben des schönsten Landstriches Deutschlands hat sie das katholische Oesterreich für den Süden, das undeutsche Baiern für den Norden des Landes eingesetzt.** Die Organe der Presse, die dieser Partei dienen, halten nicht mehr hinter dem Berge, sie treten immer kühner hervor mit ihren Plänen, und unter den badischen Blättern ist es allein bis jetzt die Neue Freiburger Zeitung, die die verderblichen Pläne aufdeckt und bekämpft. — Die Ultramontanen können ihre weiteren Zwecke nur erreichen, wenn ein doppeltes Ziel erstrebt worden ist: **Die Preußen müssen aus dem Lande und die Kammern müssen aufgelöst sein!** Dann ist die begonnene Beruhigung der Gemüther leicht wieder gestört, dann, so hofft man, — und ich fürchte es gelingt — dann kann der Welt der Beweis geliefert werden, **daß Baden als konstitutioneller Staat nicht mehr bestehen kann, daß Baden überhaupt nicht mehr lebensfähig sei, daß es mediatisirt und getheilt werden müsse.** Dann endlich soll der von der Partei gehörig bearbeitete Großherzog regierungsmüde seine Leidenskrone niederlegen, der österreichische Adler sich einnisten im herrlichen Schwarzwald, und der baierische Löwe seine **Klauen ausstrecken über die schönen Neckarthäler und die fruchtbare Rheinebene!** — **In Karlsruhe wird nicht** ohne Erfolg gegen die Preußen intriguirt, Hof und Stadt haben schon vergessen, was Alles sie den Preußen verdanken, das Verhältniß zwischen preußischen und badischen Offizieren, das hier in Mannheim noch ein sehr angenehmes, ächt kameradschaftliches ist, ist in Karlsruhe, wo die badischen Offiziere vom Hofe inspirirt werden, schon ein kaltes, geschraubtes und unangenehmes geworden. Wie die Frage wegen der Einquartirungslast eine von der ultramontanen Partei in Verbindung mit der republikanischen geschickt benutzte Gelegenheit war, die Meinungen gegen die Preußen aufzustacheln, so werden jetzt die strengen polizeilichen Maßregeln, die einige Kommandanten anordnen mußten, zu weiteren Hetzereien gebraucht. So frißt das Gift langsam weiter und es wird eine Zeit kommen, wo Preußen — einen „undankbaren" Freund mehr hat. Der Prinz von Preußen muß, während er seine Inspektionsreisen macht, den Chef seines Generalstabes, den General Peuker in Karlsruhe belassen, damit doch Jemand noch in Karlsruhe überhaupt sei, der energisch den Gelüsten gegen Preußen entgegentrete. Beweist diese Thatsache nicht, daß es schon ziemlich weit gekommen ist am badischen Hofe? (Konst. Z.)

München, 22. Novbr. [Tagesneuigkeiten.] Der russische General-Lieutenant und Adjutant des Kaisers, v. Kiel, von Rom hierher gekommen, verkehrt viel mit dem auswärtigen Amt und den diplomatischen Kreisen; auch ist er vor einigen Tagen von König Max empfangen worden. — Die Nachricht vom Ausschreiben der Parlamentswahlen (zum deutschen Reichstage) hat in den hiesigen höheren Zirkeln wie ein Blitzschlag gezündet; man glaubte den engeren Bund längst beseitigt, zumal durch das prahlerische Auftreten der österreichischen Zolleinigungs-Projekte. — Von der Rührigkeit der Ultramontanen kann man sich auswärts kaum eine Vorstellung machen. Der Hauptagitator, ehemalige preußische Dozent Philipps, hat ausdrücklich einen Urlaub auf 1 Jahr von der Universität genommen, um sich ganz den Parteibestrebungen widmen zu können; und mit welchen sanguinischen Hoffnungen sich der fanatische Haß des Hofraths Jarcke, des Schwagers von Philipps, trägt, davon zeugen die beiden Artikel über Preußen in dem neuesten Heft der „gelben Blätter." Die ultramontane Partei glaubt sich bereits Hahn im Korbe, und nun verdächtigt sie gar Preußen mit Bestechungen der bairischen Opposition, welche doch den tiefsten Haß gegen Preußen bei jeder Gelegenheit an den Tag legt. (Reform.)

△ **München**, 22. Nov. [Tagesbericht.] Se. Majestät der König Max hat sich bewogen gefunden, dem kaiserlich-russischen Feldmarschall, Fürsten von Paskiewitsch und dem k. k. österreichischen Feldzeugmeister, Grafen von Haynau, „in Anbetracht ihrer ausgezeichneten Leistungen zur Unterdrückung der ungarischen Insurrektion, das Ritterkreuz des Max-Joseph-Ordens (der einträglichste Orden Baierns) zu verleihen." Außerdem erhielten beide noch, wie es bei solchen Fällen gebräuchlich ist, ein sehr schmeichelhaftes königliches Handschreiben, worin besonders dem Letzteren „über das von ihm nach der glorreichen Besiegung des frevelnden Aufstandes in Anwendung gebrachte heilsame Verfahren die vollste königliche Zufriedenheit" ausgesprochen wurde. — Der vormalige Minister des Aeußern, Graf von Bray, hatte heute in Nymphenburg beim König Abschieds-Audienz, da derselbe morgen oder längstens übermorgen nach St. Petersburg als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigster Minister abgehen wird. Demzufolge bestätigt sich die Abberufung des bisherigen baierischen Geschäftsträger, Grafen Quadt-Wickradt-Isny, die ich Ihnen vor mehreren Wochen gemeldet, und, die alsbald darauf in der „Allgemeinen Zeitung" als irrig bezeichnet wurde, vollkommen. — Da Se. Majestät der König gerügt hat, daß ihm viele begegnende Soldaten keine Honneurs erweisen, so ist ein Kriegsministerial-Reskript an alle Militärbehörden ergangen, worin diese beauftragt werden: die Soldaten in diesem Betreff aufs Genaueste und Strengste zu instruiren. — Die gestern mit dem vorletzten Bahnzuge hier eingetroffene Nachricht von dem durch den deutschen Verwaltungsrath zu Berlin gefaßten Beschluß des alsbaldigen Zusammentritts des deutschen Parlaments in Erfurt hat auf die Oesterrichisch-Gesinnten, deren Koryphäen von der Pfordten, Lerchenfeld und Herrmann sind, einen höchst unerquicklichen Eindruck gemacht. Der großdeutsche Verein hat auf heute Abend eine Versammlung anberaumt.

Weimar, 22. November. [Widerlegung.] Die offizielle hiesige Zeitung erklärt in ihrer letzten Nummer das durch mehrere politische Blätter verbreitete Gerücht, als ob das hiesige 3. Linien-Infanterie-Bataillon den Befehl erhalten, nach Schleswig-Holstein zu marschiren, für durchaus unbegründet. — Bei der jüngst hier abgehaltenen Konferenz wegen Herstellung eines gemeinsamen gesetzgebenden Organs für ganz Thüringen, bei der bekanntlich nur die Abgeordneten von Meiningen fehlten, sprach man sich für jene

Vereinigung aus, und nur die koburger Abgeordneten sahen sich zu der Erklärung genöthigt, daß, wenn Meiningen bei seiner Isolirung beharre, auch für Koburg nach der geographischen Lage des Landes die Vereinigung unmöglich sei. Auch sprachen alle Abgeordnete die bestimmte Hoffnung aus, daß die koburger Beschlüsse in Betreff einer einheitlichen Gesetzgebung die Zustimmung der einzelnen Landtage finden werden. (D. A. Z.)

Kassel, 23. November. [Landtag.] In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung verlas der Vorstand des Ministeriums des Aeußeren, Herr v. Wirzingerode, eine ausführlich motivirte Mittheilung über den Beitritt Kurhessens zu der am 30. September v. J. zwischen Oesterreich und Preußen zu Wien abgeschlossenen Uebereinkunft wegen Bildung einer neuen provisorischen Centralgewalt. Eine weitere Mittheilung desselben Ministeriums giebt der Versammlung anheim, in Folge Beschlusses des deutschen Verwaltungsrathes zu Berlin wegen der Einberufung des Reichstages, den Gesetzentwurf über die Wahlen zum deutschen Volkshause auf die nächste Tagesordnung zu stellen. Beide Mittheilungen wurden dem Verfassungsausschuß überwiesen, auch der Druck der ersteren beschlossen. Es wurde sodann ein Gesetzentwurf wegen Emittirung eines Anlehens von einer Million Thalern in 4½prozentigen Staats-Schuldscheinen zur Verwendung für die Staats-Eisenbahnen vorgelegt. Herr Pfeiffer II. verkündigte einen Antrag in Beziehung auf Schleswig-Holstein. Herr Bayrhoffer begründete seinen Antrag auf Untersuchung der Verfassungsmäßigkeit des Beitritts zum Berliner Bündniß und der Verkündigung der Einsetzung des Schiedsgerichts. Es wurde beschlossen, diese Begründung erst drucken zu lassen, bevor sie in Erwägung gezogen werde. (Kass. Z.)

Hannover, 24. Novbr. [Landtag.] In heutiger Sitzung der zweiten Kammer kommt zur Verhandlung der Ur-Antrag des jüngeren Lang vom 16. d. M., Schleswig-Holstein betreffend, welcher nach längerer, hauptsächlich zwischen dem Antragsteller und Stüve geführter Debatte, und nachdem viele Mitglieder ihr Votum motivirt haben, mit allen gegen 4 Stimmen von der Kammer zum Beschluß erhoben wird. Dieser Antrag oder nunmehrige Beschluß lautet:

> **Stände sprechen das Vertrauen zu der kgl. Regierung aus, daß sie, während der Dauer des gegenwärtigen (sei es faktisch oder rechtlich bestehenden) Waffenstillstandes auf strenge Durchführung eines dem Rechte entsprechenden, dänische Uebergriffe zurückweisenden, Verfahrens hinwirken und bei den Friedens-Verhandlungen dahin streben werde, die Rechte der Herzogthümer und die Ehre Deutschlands zu wahren. Sie werden, wenn zur Erreichung des Zweckes ihre Mitwirkung erforderlich werden sollte, diese auf Antrag der kgl. Regierung nicht versagen.** (Hannov. Z.)

Hamburg, 23. Novbr. [Verschiedenes.] In Folge eines Streites aus Verschiedenheit politischer Ansichten haben sich ein hanseatischer und einer der hier garnisonirenden preußischen Offiziere heute duellirt, bei welcher Gelegenheit der preußische Offizier schwer verwundet wurde. — Das Gerede geht, daß der Präsident zu Altona, der Graf Reventlow-Criminil, um seine Entlassung von diesem Posten bei der Statthalterschaft eingekommen sei. (Ref.)

Schleswig-Holsteinsche Angelegenheiten.

Schleswig, 21. Novbr. Es sieht ungemein traurig hier in allen Verhältnissen des Herzogthums Schleswig jetzt aus, und es herrscht ein Zustand der Furcht, des Zweifelns und, damit verbunden, des Hasses gegen Dänemark, der unbeschreibbar ist. Gar in Flensburg, wo der dänische Uebermuth jetzt auf die brutalste Weise sich geberdet, schwebt die Sicherheit aller deutschgesinnten Einwohner täglich fast in drohender Gefahr. Der dänischgesinnte Pöbel hier, noch verstärkt durch hunderte fremder Matrosen von den Inseln, die hier müßig herumlungern, verübt ungestraft die gröbsten Brutalitäten gegen Personen, die im Verdacht deutscher Gesinnung bei ihm stehen, ohne daß diese auch nur den mindesten Schutz dagegen finden können. Der jetzt hier fungirende Polizeimeister Schrader ist ein fanatisirter Däne durch und durch und ganz der dänischen Partei ergeben, und die hier liegende schwedisch-norwegische Besatzung verhält sich ganz passiv bei allen diesen Streitigkeiten. So sind jetzt auch die Gräber mancher deutschen Soldaten, die in den vorjährigen und diesjährigen Kämpfen gefallen waren, arg verwüstet oder die Kreuze darauf mit spöttischen Inschriften, schmutzigen Witzeleien verunziert worden. Welche Erbitterung dies Alles unter der deutschgesinnten Bevölkerung Flensburgs hervorbringt, und wie der ganze Mittelstand, mit geringen Ausnahmen, von eifrigem Patriotismus beseelt ist, läßt sich kaum beschreiben. Man erwartet den Beginn des neuen Kampfes mit großer Hoffnung, und ist entschlossen, lieber das Aeußerste zu wagen, als diesen Zustand länger zu ertragen. Schleswig-Holstein erwartet gar keine Hilfe vom übrigen Deutschland mehr, es ist zufrieden, wenn man ihm nur gestattet, seine Sache für sich allein mit Dänemark auszukämpfen, was es auch ganz gut vermag. **Fortwährend wird auf das Eifrigste gerüstet, und die schleswig-holsteinische Armee fühlt sich stark genug, allein den Kampf mit der dänischen zu beginnen.** (Konstit. Z.)

Flensburg, 23. Novbr. Noch immer weder in noch außer dem Hause Ruhe vor pöbelhaften Angriffen. In einem hiesigen Hospitale, hinter der Mühle belegen, worin nur noch 14 deutsche Militärpersonen, Baiern, Preußen, Hannoveraner, Schleswig-Holsteiner u. s. w., und zwar in der oberen Etage, liegen, wurde gestern Abend ein großer Stein durch das Fenster geworfen, der beinahe einen schwer krank liegenden Baier getroffen hätte.

Oesterreich.

✕ **Wien**, 24. November. [Die Zuckerzölle. — Finanzielle Lage. — Die Riesenwurst.] Die neuen Zuckerzölle erfreuen sich keines Beifalls im Publikum und bei den Fabrikanten, denn die bisher unbesteuerte Rübenzuckerfabrikation wird durch diese Besteuerung viel einbüßen, wodurch der Acker des Bauers, der den Rohstoff liefert, gleichfalls ins Mitleiden gezogen wird, ohne daß der Staatskasse eine namhafte Summe zu Gute käme. Denn da die jährliche Rübenzuckerfabrikation in Oesterreich blos 150,000 Centner beträgt, so ergiebt dies bei einer Steuer von 1 fl. 40 kr. pro Centner nur die Summe von 216,000 fl. Die Steuer von 30 kr. für den Ctnr. bei der Einfuhr von Zuckermehl wirft, da sich der Import auf 600,000 Ctnr. jährlich beläuft, 300,000 fl. ab, zusammen folglich eine halbe Million. Nimmt man nun die Erhebungskosten, die bei jeder Accise bedeutend sind, in Abschlag und rechnet man noch den Ausfall hinzu, der sich in Folge des durch den Preisaufschlag bewirkten Minderverbrauchs in Kürze herausstellen muß, so kann man wirklich nicht begreifen, was der Finanzminister mit dieser illusorischen und für das Publikum sehr empfindlichen Auflage eigentlich bezwecken wollte. Zudem läßt sich auch der finanziell-politische Verstoß in Geltung bringen, nach Einführung der allgemeinen Einkommensteuer gleichwohl wiederum neue Verbrauchsauflagen zu dekretiren, welche eben einer Verdoppelung jener Steuer gleich zu achten sind und der einzige Vorwand der Einfachheit derselben praktisch widerlegt erscheint. — Ueber die nächste finanzielle Zukunft des Kaiserstaates thürmen sich überhaupt mehr und mehr die finstersten Wolken auf und man braucht kein gallsüchtiger Schwarzseher zu sein, um das Heraufdrohen einer Geldkrisis zu erblicken. Die Börsenleute fühlen das kommende Ereigniß, denn sie haben gar zarte, prophetische Nerven und die steigenden Metallkurse weisen auf Sturm. Wehe dem Staat, wenn auswärtiger Krieg die Katastrophe zeitigen sollte, weit besser wäre es, den jetzigen Augenblick der politischen Windstille dazu zu benutzen, damit der Brand des Weltkrieges das Gemüth des Volkes nicht in dieser dumpfen, erwartungsvollen Schwermuth fände, die zu Opfern so wenig bereit ist. Besser das Unvermeidliche rasch ans Licht gefördert, als die verzweiflungsvolle Agonie nutzlos zu verlängern, damit das Land redlich beim Ausbruch des Krieges dem Feinde nur mit hypokratischen Zügen ins Antlitz blicken kann. Mit dem hoffnungslosen Zustande des Staatsschatzes steht ohne Zweifel auch die offizielle Zurückhaltung in Betreff des Finanzausweises in Verbindung, der seit dem Monat April d. J. nicht mehr veröffentlicht worden, und der damals schon ein monatliches Deficit von 9 Millionen bezifferte. — Morgen verzehrt das lustige Altösterreich in Döbling im Zöggewitz-Kasino eine Riesenwurst von 100 Klaftern Länge, bei deren Verschmausung sich wie bei dem freiwilligen Anlehen des Herrn Krauß jeder ächte Patriot betheiligen kann.

† **Von der italienischen Grenze**, 22. Nov. [Die italienischen Truppen. — Binnen-Marine. — Mangel an Kupfer.] Die Regierung hat in Betreff der italienischen Regimenter, welche in den Wirren des verwichenen Jahres ihre Fahnentreue bewährt haben, eine besondere Verfügung erlassen, indem jenen italienischen Soldaten, welche innerhalb der Grenzen des lombardisch-venetianischen Königreichs garnisonirten und deshalb den Versuchungen zum Abfall vorzugsweise ausgesetzt gewesen, zwei Jahre von ihrer normalen Kapitulationszeit abgerechnet werden, so daß diese nur sechs Jahre zu dienen haben, der andere im übrigen Theil der Monarchie verwendete italienische Truppenkörper erhält dagegen einen einjährigen Nachlaß. Diese Maßregel war durch die allen untreu gewordenen italienischen Soldaten gewährte Amnestie gleichsam geboten, denn sonst würden sich die treu gebliebenen als ganz unberücksichtigt gehalten haben und dies für künftige Eventualitäten eben kein ermunterndes Beispiel gegeben haben. Bei der notorischen Unlust, mit welcher der Italiener seiner Militärpflicht genügt, konnte die Regierung den treuen Soldaten gar kein passenderes Geschenk machen, denn selbst die Getreuen gehen doch je eher je lieber aus der Kaserne in die Heimath. — Graf Radetzki hat bei dem Sommerfeldzug an der Minciolinie zu tief den Vortheil der bewaffneten Dampfer auf dem Gardasee gefühlt, um nicht seine Aufmerksamkeit diesem Zweig der Binnen-Marine zuzuwenden; hätte er damals ein Kriegs-Dampfboot am Gardasee gehabt, so wäre wahrscheinlich Peschiera nicht in die Hände der Piemontesen gefallen und später leisteten derlei Fahrzeuge bei der Beschießung dieser Festung die besten Dienste. Seither hat der Gardasee, welcher durch die direkte Kommunikation mit Tirol eine besondere Wichtigkeit erhält, eine kleine Stationsflotille, und nun soll auch der Comersee, dessen militärische Bedeutung wohl in der Nähe der Schweizergrenze besteht und in dem geographischen Umstande, daß der jenseitige schmale Grenzstrich des österreichischen Gebiets ohne eine maritime Operationslinie, welche die Verbindung mit den diesseitigen Gegenden sichert, gar nicht als haltbar erscheint. Auch der Po soll zwei armirte Dampfboote bekommen, als Wächter der Mündungen, um diese wichtigste Operationsbasis Italiens, auf die sich die strategische Präponderanz Oesterreichs stützt, unter allen Umständen sicher zu stellen. — Die namhaften Quantitäten von Kupfer, welche von Seite der Staatsverwaltung für die Marine, die Metall-Korrespondenz und die unausgesetzte Ausprägung von Kreuzerstücken, die jetzt ohnedem unsere klingende Münze ausmachen, in Anspruch genommen werden, haben dieses Erz im Privatverkehr sehr rar und kostbar gemacht, so daß der Preis des Zentners in dem kupferreichen Agordo, das Aerarialgut ist, bereits auf 57 Fl. 48 Kr. K. M. gestiegen. In Folge dessen sind alle Gewerbe, die des Kupfers bedürfen, in einer sehr gedrückten Lage, die um so beklagenswerther scheint, als nur eine monopolistische Ausbeutung unserer verrotteten Bergbaugesetze diesen rein künstlichen Mangel erzeugen kann.

---

* **Breslau**, 26. November. Die neueste Wiener Post ist ausgeblieben.

Frankreich.

Paris, 23. November. [Verschiedenes.] Der Minister des Auswärtigen, der Artillerie-General Lahitte, hat den Artillerie-Oberstlieutenant Soleille zum Kabinetschef seines Departements ernannt; ein Journal bemerkt, die Artillerie vertrete also jetzt unsere auswärtigen Angelegenheiten. Dem Vernehmen nach sollen auch mehrere Gesandtschafts- und Konsulatposten im Andenken an die napoleonische Zeit an Militärs vergeben werden. — Nach dem „Journal de l'Ain" macht die sozialistische Propaganda mit dem Kolportiren ihrer Schriften, Almanache ꝛc. auf dem Lande nur wenig Glück, indem alle Bauern, die nur das Mindeste zu verlieren haben, von dem Sozialismus nichts wissen wollen, so daß die Kolporteure an ihrer Abneigung einen noch stärkeren Gegner haben, als an der Wachsamkeit der Behörden. — Es hieß heute, daß das Duell zwischen P. Bonaparte und dem Redakteur des „Corsair", de Rovigo, aufgeschoben sei. — Die Deportations-Kommission hat die allgemeine Berathung des Gesetzentwurfs der Regierung beendigt; sie wartet jetzt auf den Bericht der zur Wahl des Deportationsortes ernannten Unterkommission.

[Die französischen Finanzen.] Leo Faucher, früher Minister des Innern, beschäftigt sich jetzt in seiner Muße mit dem enormen Budget Frankreichs. Allmälig stellt sich sicher heraus, daß auch schon unter Ludwig Philipp arg mit den Finanzen gehaust wurde. Binnen 18 Jahren stiegen die jährlichen Ausgaben um eine halbe Milliarde. So verzweifelt ist Faucher, daß er in der „Revue des deux Mondes" ausruft: **„Nur ein Krieg oder eine starke Wiederaufnahme der gewerblichen Thätigkeit kann uns einer Katastrophe entreißen, welcher wir durch den doppelten Zug der moralischen Anarchie und des Defizits entgegengehen!"** Also will man das französische Defizit durch das Geld decken, welches man anderen Völkern aufzuerlegen trachten müßte. Es würde blutige Köpfe geben, und das Defizit in einen Staatsbankerott umschlagen, wenn das Wagstück mißlänge, einen großartigen Räuberkrieg zu führen. — Die Ausgaben für 1850 sind auf 1,591,000,000 Fr. veranschlagt worden. Die Einnahme auf höchstens 1,270,000,000. Sanguiniker meinen, die Ausgaben könne man wohl auf 1,369,000,000 ermäßigen. Die indirekten Steuern berechnet man für 1850 auf 709,000,000. Faucher schlägt eine bedeutende Erhöhung der Stempelsteuer, des Enregistrements und der Patente vor; davon erwartet er 22 Millionen. Die konstituirende Versammlung hat die Getränkesteuer abgeschafft. Die Finanzmänner meinen, diese 100 Millionen könne man nicht entbehren und müsse jene Steuer wieder einführen. Aber dann droht ein Aufstand in Südwesten, und das sonst so konservative Bordeaux hat jetzt lediglich deshalb einen Rothen in die Legislative geschickt, um diese Wiedereinführung abzuwehren. Fortan, so schla-

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

Zweite Beilage zu № 277 der Breslauer Zeitung.

Dinstag den 27. November 1849.

(Fortsetzung.)

gen die Finanzmänner vor, soll noch jedes Pfund Salz um 1 Sous im Preise aufschlagen, die Brieftaxe von 4 auf 5 Sous gesetzt werden, auch will man die Personal- und die Möbelsteuer erhöhen, ferner eine Steuer auf Halten von Dienstboten legen, dann noch den direkten Steuern ein Zehntel zuschlagen und zeitweilig von allen Gehalten und Pensionen ein Zehntel abziehen. (D. Ref.)

[Die englisch-französische Flotte bei den Dardanellen.] Das „Morning Chronicle" enthält Folgendes: „Unser Correspondent in Malta schreibt uns unterm 13. November, daß die britische Flotte unter Befehl des Vice-Admirals Sir William Parker am 4ten in die Dardanellen eingelaufen ist und am 6ten innerhalb derselben Anker geworfen hat; *) einige Schiffe jedoch hatten durch Zusammenstoßen Schaden gelitten, und in Folge davon war der Dampfer „Dragon" einige Zeit in Gefahr gewesen. Später war er nach Konstantinopel gesegelt, wo die Dampf-Fregatte „Odin" und die Dampf-Schaluppe „Tartarus", die Sir Stratford Canning zur Verfügung gestellt waren, lagen. Die innerhalb der Dardanellen liegenden Schiffe sind die „Queen", von 116 Kanonen, das Flaggenschiff „Caledonia" 120, der „Howe" 120, der „Prince-Regent" 92, der „Powerfall" 84, die „Vengeance" 84, der „Bellerophon" 78, der „Racer" 12 Kanonen, und die Dampf-Schaluppen „Bulldog", „Rosamond" und „Ardent." Sir William Parker dachte daran, einen Ausflug nach Konstantinopel zu machen, wahrscheinlich auf dem „Odin." Man glaubte, daß nach seiner Rückkehr die Flotte nach Salamis absegeln werde und von da nach Malta, um dort zu überwintern. Die französische Flotte, bestehend aus dem „Friedland" 120 Kanonen, mit der Flagge des Vice-Admirals Parseval Déchênes, dem „Jemappes" 100 Kanonen, mit der Flagge des Contre-Admirals Vaillant, dem „Hercule", 100 Kanonen, „Jena" 84 Kanonen, „Jupiter" 80 Kanonen, einem anderen Linienschiffe, einer Fregatte und den Dampf-Fregatten „Descartes" und „Magellan", lag am 7. Nov. noch in der Vourlah-Bai, im Golf von Smyrna." Auch dem „Courier de Marseille" wird aus Malta geschrieben, die englische Flotte habe Befehl erhalten, dorthin zurückzukehren. — Mit dem Einlaufen des englischen Geschwaders in die Dardanellen, in welchem eine Verletzung des Vertrages von Unkiar Skelessy liegt, verhält es sich folgendermaßen: Am 30. Oktober kam der „Dragon" mit dringenden Depeschen des Admirals Parker an Sir Stratford Canning an, der kurz nach Empfang derselben eine lange Zusammenkunft mit dem Divan hatte. Der Admiral erklärte in seinen Depeschen, die Flotte könne wegen Unsicherheit der Rhede nicht lange in ihrer gegenwärtigen Stellung bleiben, und wenn ihr kein passenderer Ankerplatz angewiesen werde, so sehe er sich in die Nothwendigkeit versetzt, in die Meerenge hinein zu segeln, um seine Schiffe zu schützen. Die Minister des Sultans waren auf dieses Gesuch, welches sie in einige Verlegenheit setzte, nicht vorbereitet. Um jedoch den Vorwurf der Undankbarkeit nicht auf sich zu laden, gestattete der Divan am 5. November dem englischen Geschwader das Einlaufen in die Dardanellen. In dieser Flottenbewegung erblicken einige Blätter eine absichtliche von Seiten Englands gegen Rußland gerichtete Provocation. Eine weit natürlichere und einfachere Erklärung scheint uns die zu sein, den von dem englischen Admiral angegebenen Grund als den wahren anzunehmen.

Lokales und Provinzielles.

** Breslau, 26. Novbr. [Die vierte Vorlesung des Professors Stenzel über die Geschichte des deutschen Parlaments.] Der Redner beleuchtete die Zustände in der Paulskirche nach dem September-Aufstande. Die Genehmigung des Malmöer Waffenstillstandes hatte dem Parlamente die Sympathien von Süd-Deutschland geraubt; in der Versammlung selbst traten sich die Parteien nur um so schärfer und schroffer gegenüber, das Parlament eilte seinem Untergange entgegen. Namentlich war es ein Umstand, der sich nun immer mehr in den Vordergrund drängte und in dem bereits der Todeskeim der Versammlung lag: der Partikularismus der Einzelstaaten gegenüber der National-Versammlung. Dem König von Sachsen war es vorbehalten, der Erste auf dieser partikularistischen Bahn zu sein; er erließ die Verordnung, daß jedes von der deutschen Nationalversammlung beschlossene Gesetz die Zustimmung der sächsischen Stände haben müsse, wenn es in Sachsen Geltung haben soll. Der Redner ging alsdann auf die Oktober- und November-Ereignisse in Wien und Berlin über, und wies daran nach, wie ohnmächtig das Parlament von dem Augenblicke an gewesen, wo die Fürsten sich wieder erstarkt fühlten. Diese konnten niemals Sympathien für eine Versammlung haben, die als eine Autorität des Volkes und aus dem Volke da stand; sie hielten so lange zu ihr, als sie ihrer Unterstützung bedurften. Von dem Momente an, wo diese überflüssig geworden, wurde Front gegen sie gemacht, und was die Versammlung auch nun unternehmen mochte, es konnte zu keinem Ziele führen. Diese Zustände wurden von dem Redner mit vielen Belegen klar und scharf auseinandergesetzt.

Von den Persönlichkeiten in dem Parlamente hob Herr Stenzel in diesem Vortrage ganz besonders den Abgeordneten Riesser aus Hamburg hervor. Er nannte ihn den bedeutendsten Redner der Versammlung und vindizirte ihm alle Eigenschaften eines edlen und wahren Patrioten.

In dem nächsten Vortrage wird der Redner auf die Verfassungs-Arbeiten des Parlaments zu sprechen kommen.

Breslau, 25. November. [Kirchhofs-Weihe.] Der Kirchhof, oder richtiger der Begräbniß-Platz (es steht dort keine Kirche) für Alt-Scheitnig unweit der an letztern Ort führenden Thor-Barriere der Stadt, hatte unlängst eine nothwendige Erweiterung erfahren. Schon erhoben sich auf dem neu erworbenen Theile desselben mehrere Gräber. Aber die übliche kirchliche Weihe war noch nicht vollzogen. Sehr passend hatte man sie für den heutigen Tag aufgespart. Sie erfolgte, einfach und würdig, gegen Mittag, unter Gesange und Gebete, und durch eine erbauliche Rede des Diakonus der Bernhardiner Parochie über 1. Moses XXVIII, 17. Das Häuflein der Theilnehmer war sehr gering wegen der Ungust des Wetters. Unter einem schneidenden Winde taumelten feine, dichte Schneeflocken auf den erstarrten Boden, und bedeckten ihn mit einem weißen Leichentuche.

E. a. w. P.

Theater.

Unsere Oper entfaltet immer mehr und mehr eine sehr rege Thätigkeit. Die bedeutendsten Werke folgen sich rasch hintereinander, und so weit wir den Vorstellungen beiwohnen konnte, fanden wir sie immer mit Sorgfalt und Ernst durchgeführt. Es herrscht ein frischer und lebendiger Geist in unserer gegenwärtigen Oper, und wo ein solcher sich kund giebt, da wirkt eine Vorstellung auch immer als Ganzes, und gern sieht man dabei über einzelne Mängel hinweg.

Die am Sonntag stattgehabte Vorstellung der „Hugenotten" giebt uns zunächst wieder Gelegenheit einige Worte über Fräulein Babnigg zu sagen. Diese Sängerin gehört nunmehr unserer Bühne an, und wir haben uns bereits während ihres Gastspiels über den unschätzbaren Werth dieses Engagements ausgesprochen. Die Debütsrollen von Frln. Babnigg waren Wiederholungen der schon im Gastspiel gegebenen Parthien, Leistungen, die vom Publikum genügend anerkannt und über die wir nur das Lob hätten wiederholen können, mit dem wir sie bereits früher gewürdigt haben. Die „Margarethe v. Valois," in der wir Frl. Babnigg am Sonntag zum ersten Male gesehen, hat unser früheres Urtheil über die Sängerin nicht nur bestätigt, sondern uns auch neue Beweise von ihrem eminenten Talente geliefert. Das Gesangliche der Partie wurde mit allen den komplizirten Verzierungen so sauber und nett ausgeführt, wie es der Komponist nur gedacht haben kann. Worin sich aber der schöpferische Geist der Sängerin kund gab, das war die feine Mischung von natürlicher Einfachheit und höfischer Manier, die sie selbst dem Gesange zu verleihen gewußt. Daß sie es auch in dramatischer Beziehung gethan, beweist, von welch' einer künstlerischen Gesammtanschauung des Charakters sie durchdrungen ist, vermöge deren es ihr auch nur gelingen konnte, ein so edles und nüancenreich abgeschattetes Bild der Prinzessin zu geben. Es ist eine nicht genug hervorzuhebende Eigenthümlichkeit dieser Sängerin, daß sie die einzelnen Gesangspiecen durch ein angemessenes Spiel auch in den Pausen zusammenzuhalten weiß, wodurch sie uns nicht nur ein Ganzes vor die Seele führt, sondern auch den Gesang der Mitwirkenden bedeutend hebt. Wir haben dies beispielsweise in dem Duett mit Raoul in dem vollendetsten Maße angetroffen, und je weniger dergleichen echt künstlerische Züge geeignet sind, die Aufmerksamkeit des großen Publikums auf sich zu ziehen, um so mehr ist es die Pflicht der Kritik, sie zur gebührenden Anerkennung zu bringen. Allerdings ist eine solche Darstellungsweise nur einer Sängerin möglich, die so wie Fräulein Babnigg alle technischen Schwierigkeiten des Gesanges vollkommen überwunden hat.

Ueber die „Valentine" von Fräulein Meyer haben wir uns vor Kurzem in lobender Weise ausgesprochen. Wir vermögen heute nur dasselbe zu wiederholen. Die junge Sängerin bringt eine reiche Innerlichkeit zu der Rolle mit und weiß die leidenschaftlichen Momente mit vielem Ausdruck zu heben. Ganz abgerundet ist die Partie freilich noch nicht; hierzu gehört die künstlerische Ruhe, die nicht so leicht zu erringen ist.

Herr von Rainer hat am Freitag die Partie des „George Brown" in der „weißen Dame" nicht nur trefflich gesungen, sondern auch aus der reichen Poesie dieses Charakters viele schöne Momente glücklich hervorgehoben. Er bewegte sich in dieser Rolle mit vieler Freiheit. Von seinem Raoul können wir nicht ganz dasselbe sagen. Der Sänger schien noch zu sehr mit der gesanglichen Seite beschäftigt, um die Rolle nach allen andern Seiten hin mit Freiheit durchführen zu können. So fehlte z. B. gleich der ersten Romanze (d-dur), so exakt sie auch gesungen war, doch der Schmelz und die Innigkeit. In musikalischer Beziehung hat uns indeß die Leistung wohl befriedigen können; die Partie war mit Sorgfalt studirt.

Das Haus war in allen Räumen gefüllt. Fräulein Babnigg, Fräulein Meyer und Herr von Rainer wurden lebhaft gerufen.

T. P.

---

* Breslau, 20. Novbr. [Evangelischer Verein.] Vorsitzender ist Weingärtner. Räbiger trägt die vom Vorstande vorgelegte Petition an das Stadt-Consistorium um Zurückweisung der Denunziation des Diakonus Herbstein durch sechs hiesige Geistliche vor und befürwortet ihre Annahme. Sie wird ohne Debatte angenommen und von den meisten Mitgliedern gleich im Saale unterschrieben. — Es folgt Dondorff's Vortrag über das Thema: „Was kann ein evangelischer Verein von Luther lernen?" Nach kurzer Einleitung, welche den Vortrag als Nachfeier des Reformationsfestes bezeichnet, entwickelt der Vortragende folgende Gedanken: Luthers Muth war ihm nicht angeboren; er war von Natur schüchtern; seine Furchtlosigkeit, welche er nach seinem Auftreten gegen Tetzels Ablaßkram zeigte, war ein Ergebniß großer Seelenkämpfe. Aehnlich möge der evangelische Verein eine innere Stärke gewinnen durch Erfüllung seines Vorsatzes, „das kirchliche Bewußtsein in der Gemeine zu beleben." Luthers Kraft fand ihren Stützpunkt in der Bibel gegenüber den Gelehrten, den Gesandten Roms, seinen Gegnern und vor der Reichsversammlung. Auch der evangelische Verein möge zur alleinigen Glaubens- und Erkenntnißquelle das Evangelium haben und in ihm das Band zur Vermittelung der verschiedenen Glaubensrichtungen finden. Luthers Christenthum hatte deutsche Innigkeit und Tiefe; so möge auch unser Verein ein Christenthum voll Innigkeit und Liebe pflegen und in ihm die reiche Bergwerksader finden, die sich desto ergiebiger zeigt, je tiefer man gräbt. Luther war als Mensch offen; seine Derbheit ist zu entschuldigen durch seine Zeit und die Umstände; er war uneigennützig, arbeitsam, heiter. Der Verein sei auch offen, frei von ehrgeizigen Absichten, fromm und dabei heiteren Muthes. Laßt uns fort reformiren und uns dabei mehr halten an Luthers Geist, als an Luthers Namen! — Hierauf sprach Schmeidler über die Repräsentantenwahl bei Maria Magdalena und empfahl sie als einen wichtigen Schritt der Vorbereitung für die Kirchenverfassung und zur besseren Gestaltung des kirchlichen Gemeinwesens der allseitigen Theilnahme. Diese Empfehlung führt Kletke noch weiter aus. Böhmer hätte statt der Bezeichnung „Repräsentanten" lieber die deutsche „Vertreter", und er und Bobertag wünschen eine klarere Bestimmung über die Stellung derselben. Schmeidler antwortet mit Hinweisung auf das Gesetz und die Nothwendigkeit dieser Einrichtung, deren weitere Entwickelung zu erwarten sei. — Von den eingegangenen Fragen bezieht sich die erste auf das Lesen der Bibel und das Verhältniß desselben zur mündlichen Ueberlieferung. Böhmer erkennt die Wichtigkeit der Ueberlieferung an, bemerkt aber, daß ihre Beschaffenheit das Lesen der Schrift nothwendig mache. Die Schrift sei Millionen Protestanten heilig. Die zweite Frage wünscht Vereinigung mit den Christkatholiken und freien Gemeinden. Schmeidler erklärt, jetzt sei gar keine Veranlassung zum Austritte aus der Kirche. Uebrigens hätten jene meist den Boden des Evangeliums verlassen und manche mehr Politik getrieben, als Religion. Auf Büchler's Einwurf, daß die freien Gemeinden doch wohl als innerhalb der Kirche stehend zu betrachten seien, erwidert Schmeidler, daß diejenigen, welche am Evangelium halten, allerdings zur Kirche gehören, andere aber selbst ihre Lostrennung von ihr erklären; die Christkatholiken seien aus der katholischen Kirche ausgetreten, ohne das Evangelium als alleinige Richtschnur anzunehmen. Räbiger begründet diese Erklärung durch anschauliche Darstellung des Prinzips mehrerer freien Gemeinden, welches in einem eigenthümlichen Humanismus besteht. Auf die dritte Frage über theologische Streitigkeiten der Geistlichen, die Anhänglichkeit an neue Reformatoren und die Unschädlichkeit des Glaubens hebt Weingärtner die Pflicht des freien Bekenntnisses der Wahrheit, das Falsche an der zweiten Anklage und die Gefahren des

---

*) Aehnlicher Weise meldet die Allg. Augsb. Ztg. aus Athen vom 13. November: „Zuverlässigen Nachrichten zufolge aus Konstantinopel hat die englische Flotte unter Admiral Parker die Dardanellen mit Erlaubniß der Pforte passirt. Die französische Flotte ist vor wenigen Tagen auf der Höhe von Syra vorbeigesegelt, hat aber dem Ansinnen Englands, sich unter dem Befehl des englischen Admirals mit dem englischen Geschwader zu vereinigen, nicht entsprochen, sondern in der Nähe von Smyrna sich gesammelt. Von allen Seiten des Mittelmeerbeckens ziehen die engl. Schiffe gegen Tenedos hin, wo sie sich sammeln."

Wahnes hervor. Eine vierte Frage über das Verhältniß des Christenlebens zum Glauben an Christum beantwortet Böhmer in entsprechender Weise und gedrängter Kürze. Znm Schlusse fordert eine Bitte mehrere Laien zum Reden auf, und ein Antrag will früheren Beginn und Schluß der Versammlungen, wird aber einstimmig abgelehnt.

Breslau, 26. Novbr. [Die Ankunft der Satisfaktion.] Die englische Brigg „Satisfaktion", welche unter den gewöhnlichen Transportschiffen keineswegs in dem Rufe eines Schnellseglers steht, wurde zur Zeit der dänischen Blokade, aus Mangel an Schiffen, von Bremer Rhedern gechartert und segelte nach dem 10. Juli von Delfzyl ab, landete noch einmal an der englischen Küste und ging am 22. Juli d. J. mit 120 deutschen Auswanderern nach New-York in die hohe See. Seitdem war sie verschollen und schon machten sich die ärgsten Befürchtungen laut. Da trifft endlich die Nachricht ein, daß dieselbe am 6. November, also nach der fabelhaft langen Reise von 107 Tagen, im Hafen von New-York gelandet sei. Von dem Schicksal der Passagiere verlautet noch Nichts; die darüber verbreiteten Gerüchte entbehren aller Sicherheit, nur die Nachricht von der Landung des Schiffes ist authentisch. Es befanden sich auf demselben viele Schlesier, zumal Breslauer, darunter eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Mitgliedern des hiesigen Central-Auswanderungs-Vereins, z. B. die Gebrüder Glominski, die Familie Herpolsheimer u. s. w. Sollten uns dieses Jahr noch genauere Nachrichten über das Schiff wie über die Passagiere eingehen, so sollen sie zur Beruhigung der an ihrem Schicksal Theilnehmenden veröffentlicht werden.

---

* Schweidnitz, 25. Novbr. [Abgeordnete. — Sicherheitspolizei.] Der Baron v. Arnim, der im Monat August durch Nachwahl von dem Wahlkreise Schweidnitz-Striegau-Waldenburg-Reichenbach zum Mitgliede der ersten Kammer erwählt worden war, hat vor Kurzem eine Menge Abdrücke der Verhandlungen in der Steuerbewilligungsfrage, so wie der wichtigsten bei Erörterung derselben gehaltenen Reden an einen ber hiesigen Wahlmänner zur weitern Verbreitung übersendet, um darzuthun, in wie weit er durch sein Verhalten bei der Abstimmung das Vertrauen seiner Wähler gerechtfertigt habe. Von den übrigen Deputirten, namentlich von denen zur zweiten Kammer, bekommen die Wahlmänner wenig oder gar nichts zu hören, höchstens daß der eine oder der andere sich in Korrespondenz setzt mit dem Gorkauer Verein, den aber bekanntlich die Gesammtmasse der konstitutionellen Partei des hiesigen Wahlkreises nicht als ihr Organ zu betrachten gewohnt ist. Der Deputirte zur zweiten Kammer, Herr Gutsbesitzer Seiffert aus Queutsch, stattete vor Kurzem dem Gorkauer Verein einen Besuch ab, um vor den Mitgliedern desselben, welche, Referent weiß nicht, ob privatim oder als Korporation, ihm wegen seines Verhaltens in der Steuerangelegenheit ein Mißtrauensvotum hatte zukommen lassen, sich wegen seiner Parteistellung zu rechtfertigen; eine Anzahl seiner Gegner gab ihm ihre Mißstimmung dadurch zu erkennen, daß sie in der Verhandlung nicht erschien. — In der gestern ausgegebenen Nummer des Kreisblattes bringt der hiesige Landrath eine bereits im vorigen Jahre erlassene Verfügung in Erinnerung, der zufolge die Wachen und Patrouillen in den Ortschaften sorgsam ausgeführt werden sollen, da sowohl auf den Dörfern als in der Nähe der Städte nicht bloß von Einzelnen, sondern von bewaffneten Banden Einbrüche und Diebstähle mit großer Frechheit verübt worden sind. — Die nächsten Assisen werden, wie ich höre, im Monat Dezember hierorts stattfinden.

Neurode, 22. Novbr. [Gemeinde-Ordnung. Bürgerwehr.] Unsern Stadtbehörden hatten die Magisträte von Breslau und Berlin gedruckte Exemplare ihres Gutachtens über den ministeriellen Entwurf einer Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung zugestellt, mit dem Wunsche, darüber Berathungen anzustellen und die zustimmenden und abweichenden Erklärungen einzusenden. Unser Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung haben das zuerst eingegangene Gutachten des Breslauer Magistrats geprüft und sich mit wenigen Ausnahmen zustimmend erklärt; das Berliner Gutachten aber blieb ungeprüft und war dies auch nicht schade, weil, wie es sich jetzt herausstellt, die Berliner Stadtbehörden von ihren Anträgen abgestanden und sich nur für Beibehaltung der alten Städte-Ordnung erklärt haben. Gegenwärtig liegen die vom Breslauer Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung gefaßten letzten Anträge bezüglich der neuen Gemeindeordnung in Form einer Petition den hiesigen Behörden zur Beitrittserklärung vor. — Unsere Bürgerwehr, aufgefordert zur Aufgabe der königlichen Waffen binnen 8 Tagen, hat in einer Versammlung am 21. d. beschlossen, der Aufforderung möglichst bald Folge zu geben, will aber auch fernerhin zusammenstehen unter dem Namen: „Kommunalgarde," sich selbst bewaffnen und im Schutze der Stadt und des Eigenthums der Bürger ihren Zweck finden. (Glatzer Bl.)

Landeck, 20. November. [Verschiedenes.] Die Einwohner von Alt-Gersdorf schuldeten dem Pfarrer in Schreckendorf den Decem für 1848 und einige andere Competenzen und da sie solche trotz Aufforderung und Exekutions-Androhung Seitens des Kreis-Landraths nicht entrichteten, so wurden diese Abgaben am 9. und 10. d. M. und bei den Renitentesten unter Leitung des Landraths durch die Ortsgerichte unter Assistenz von zwei Gensdarmen beigetrieben. Hierüber aufgebracht haben mehrere der Exequenden beschlossen, sich von der Kirche zu Schreckendorf loszusagen und sich einen eigenen Prediger zu halten. Ein Schneider zu Schönau (ein Betbruder) ist dazu ausersehen und durch eine Deputation Seitens der Abtrünnigen bereits um Uebernahme des Amtes angegangen worden. Was diese Leute sich wohl für einen Begriff von der Religion machen mögen? — In einem Gebirgsdorfe sollte ein Gerichtsexekutor bei einem Gerichtsmanne wegen einer Forderung die Pfändung vornehmen; er findet jedoch weder den Schulztn noch einen andern Gerichtsmann, der ihm bei dieser Gerichts-Vollstreckung Unterstützung leisten kann, zu Hause. Der scharfsinnige Exekutor weiß sich jedoch sogleich zu helfen. „Mein lieber Gerichtsmann", sagt er zu dem Exequenden, „ich fordere Euch als Mitvorstand der Ortsgemeinde im Namen des Gesetzes auf, mir bei der jetzt bei Euch vorzunehmenden Pfändung als Assistent beizustehen!" Der Gerichtsmann genügte vollkommen seiner doppelten Pflicht. — Der größte Theil der Einwohner der zur Herrschaft Seitenberg gehörenden Ortschaften hat sich seit dem vorigen Jahr geweigert, seinen Verpflichtungen an Haferlieferung, Rentenbeträgen und Robottagen gegen die Herrschaft nachzukommen und bis heute trotzig auf die Nichterfüllung dieser Leistung beharrt, obschon die militärischen Exekutionen in der Grafschaft Glatz zu Hausdorf und Schönau die Widerspenstigen über die traurigen Folgen solcher Ablehnungen hätten belehren sollen. Nach einer langen erschöpfenden Nachsicht und nachdem die freundlichsten Ermahnungen fruchtlos gewesen sind, mußte jetzt endlich der Prozeß gegen die Säumigen und Renitenten eingeleitet werden; es ist ein wahrer Monster-Prozeß, — gegen 2000 Klagen sind erlassen wordrn. Möchten die Irregeleiteten es nicht bis auf Gewalt-Maßregeln, die ihre Lage sehr schlimm stellen würden, ankommen lassen und der Vernunft willig Gehör schenken. (Bürgerfr.)

Mannigfaltiges.

— (Eisenbahn-Unglück.) Der Köln-Berliner Nachtzug vom 21. November hat in der Nähe der Station Gelsenkirchen, zwischen Bochum und Essen, durch das Aufreißen einer Schiene Unglück gehabt. Nach den Berichten der Reisenden ist das Unglück dadurch herbeigeführt, daß eine Schiene in der Nähe von Gelsenkirchen — ob durch den eingetretenen Frost, oder aus Bosheit oder Rache eines Menschen, ist ungewiß — aufgerissen gewesen ist, wodurch die Maschine mit einem ungeheuern, durch den ganzen Zug gehenden Ruck aus dem Geleise gekommen und dann gleich einen hohen Abhang herunter gegangen ist, wo sie sich 10—12 Fuß tief in die lose Erde gewühlt und festgesetzt hat. Glücklicher Weise sind durch den Umstand, daß die Lokomotive gleich von der Bahn geschlagen ist, die Wagen fast alle auf der Stelle stehen gebiieben, und außer einigen leichten Kontusionen von den Reisenden Niemand beschädigt worden. Nur ein Bremser hat das Bein gebrochen, und sind die beiden Lokomotivführer dadurch gerettet, daß sie bei dem Abspringen der Maschine und durch die hierdurch entstehende augenblickliche Gewalt der Bewegung nach beiden Seiten weit weg geschleudert wurden, ohne irgend Schaden zu bekommen.

— (Kolberg, 18. Novbr.) Heute wüthete hierselbst aus NNO. ein furchtbarer Sturm, der 3 Schiffe an unsern Küsten scheitern machte und die Moolen auf wahrhaft wunderbare Weise zerstörte. Die Kraft der Wellen war so gewaltig, daß sie die ungeheuren Steine der Moolen ganze Strecken weit fortgeschleudert hat.

— (Bromberg.) Nähere Untersuchungen über das vor einiger Zeit bei Schocken stattgehabte Unwetter ergeben, daß die dabei aufgehende Windhose, welche bei Alt-Laschun den Postwagen umwarf, mit electrischen Erscheinungen, Blitz und Donner auftrat. Ihre Dauer betrug etwa nur eine viertel Stunde, hat aber doch in dieser kurzen Zeit in den königl. Forsten einen Schaden von über 4000 Klaftern Holz verursacht. Die meisten Bäume waren durch die wirbelnde Bewegung der Luft zersplittert; einige ganz entwurzelt und weit von ihrem Standorte fortgeschleudert. Auch sind viele Gebäude dadurch beschädigt worden. (Pos. Z.)

— Die „Times" warnen die Bankhäuser des Festlandes vor einem Betrüger, der sich V. Greisheim nennt und mit falschen Kreditbriefen zu prellen sucht. In London suchte er sich bei Rothschild und anderen Häusern durch ein falsches Schreiben des Gesandten v. Rönne als einen reichen Erben aus Amerika darzustellen, was sich jedoch als Fälschung erwies. Es ist diesem Betrüger gelungen, in München 3000 Pf. Sterl. (21,000 Rthl.) in Wechseln auf Frankfurt zu erschleichen. Uebrigens scheinen mehrere Betrüger hierbei im Bunde zu sein.

— (Magdeburg.) Hofzahnarzt Lebrecht hier hat bei der Extraktion kranker Zähne auf den Rath eines hiesigen Arztes Chloroform äußerlich angewendet, 6 bis 10 Tropfen auf Baumwolle getropft und von außen und innen das Zahnfleich des herauszunehmenden Zahnes zwei Minuten damit eingerieben. Die Stelle wurde gefühllos, die Extraktion erfolgte nach der Versicherung der Operirten ganz ohne Schmerz. Dieser günstige Erfolg, so wie die Gefahrlosigkeit bei äußerer Anwendung des Chloroform machen es im Interesse aller Zahnkranken wünschenswerth, daß diese Methode die allgemeinste Verbreitung finde. (Magdb. Z.)

— (Frankreichs Ausfuhr.) Werfen wir einen Blick auf die französische Ausfuhr von 1848, so finden wir, daß der Handel mit England um 38½ Millionen Franken zugenommen hat; die Ursache liegt wohl in den Erleichterungen des englischen Tarifes. Umgekehrt nahm die Ausfuhr nach Deutschland um 36 Millionen, nach den Hansestädten um 31 Millionen und nach Oesterreich um 50 Millionen ab. — Daraus mag Frankreich die Lehre ziehen, daß bei großen politischen Bewegungen die Luxusartikel am wenigsten Absatz finden und Paris hungern muß. Auch die Ausfuhr nach Nordamerika nahm um 18 Millionen und nach Brasilien um 25 Millionen ab. Diese Länder waren ruhig und es wäre wünschenswerth durch unsere Konsuln die Ursache der Abnahme und die Waarengeltung zu erfahren. — An Flachs wurde für 5 Millionen weniger eingeführt. Dehnten wir unsern Flachsbau zeitgemäß aus, so fänden wir dort einen passenden Markt. P. C.

Oberschlesische Eisenbahn.

In der Woche vom 18. bis 24. November d. J. wurden befördert 6489 Personen, und eingenommen 17215 Rtlr.

Neisse-Brieger Eisenbahn.

In der Woche vom 18. bis 24. November d. J. wurden befördert 1150 Personen und eingenommen 863 Rtlr.

Krakau-Oberschlesische Eisenbahn.

In der Woche vom 18. bis 24. November d. J. wurden befördert 1229 Personen und eingenommen 2389 Rtlr.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

In der Woche vom 18. bis 21. November d. J. wurden befördert 3594 Personen und eingenommen 3369 Rtlr. 17 Sgr. 2 Pf.

Inserate.

Breslau, 25. November. [Jüdisches.] Eine Anzahl Mitglieder der hiesigen israelitischen Gemeinde, die sich die Kultus-Gemeinde nennt, fordert mittelst Cirkular vom 5. Okt. d. unterzeichnet, Beyersdorf und Dr. Friedenthal, zu Aktienzeichnungen auf, für den Bau einer neuen Synagoge. — Es mag dahingestellt bleiben, in wie fern ein derartiger Plan überhaupt hier erforderlich ist, da die gegenwärtig hier vorhandenen Synagogen den größten Theil des Jahres fast leere Bänke darbieten, es soll vielmehr hier nur angedeutet werden, daß die Kultus-Gemeinde in der Anzahl ihrer Mitglieder einen nur sehr kleinen Theil der hiesigen israelitischen Gemeinde bildet und am allerwenigsten in dieser Eigenschaft, sich in der Absicht herausstellen kann, mit diesem Unternehmen endlich in Breslau eine Gemeinde-Synagoge zu gründen. Der Mangel einer solchen ist allerdings schon längst gefühlt worden und es wäre endlich Zeit, daß eine Gemeinde von nahe an 8000 Seelen eine ihr eigenthümlich zugehörige Synagoge besäße. Allein diesem Mangel abzuhelfen, dürfte wie gesagt, die Kultus-Gemeinde nicht geeignet sein, da sie eben einen Kultus einzuführen gedenkt, der mit den Gesinnungen, selbst der im Fortschritt begriffenen Gemeinde-Mitglieder nicht im Einklange steht, abgesehen davon, daß die hiesige Gemeinde schon seit Jahren unter einander zerfallen und in religiöser Beziehung mindestens zwei Parteien bildet. Es kann also von einer Gemeinde-Synagoge vor der Hand um so weniger die Rede sein, da sowohl zu dem Bau derselben sämmtliche Gemeinde-Mitglieder ihre Zustimmung zu ertheilen haben, als auch mit dem einzuführenden Kultus einverstanden sein müssen. — Was nun die Mittel zum Zweck anbetrifft, dürften dieselben auf große Schwierigkeiten stoßen. Es ist hier nicht der Ort, das betreffende Cirkular in seinen einzelnen Abschnitten zu beleuchten, nur das Eine möge vorläufig

angeführt werden, daß nach Inhalt 1 und 2 desselben die Errichtung einer Orgel der Entscheidung des nach § 5 zu wählenden Bau-Komité's vorbehalten bleibt, bei dessen Wahl dem Vermögenden gegen den Unvermögenden Vorrechte eingeräumt werden, die dies aufgestellte Prinzip keineswegs rechtfertigt.

Breslau, 25. November. Wenn in Nr. 276 Seite 2962 in dem Artikel: △ **Brieg**, 23. Nov. über die Nichtbestätigung des Hrn. Goltz Klage geführt und sehr fromm gethan wird, so möchte die Frage wohl erlaubt sein: was den Hrn. Goltz am 6. Mai d. J. veranlaßt hat, als Schriftführer in dem Aufrufe des Kongresses der deutschen März-Vereine an das deutsche und recht eigentlich preußische Volk bewaffneten Aufruhr zu predigen. Lese doch der Brieger Interessent die Schlesische Zeitung Nr. 110 Seite 1243 unten rechts den betreffenden Artikel, vielleicht stillt dieser seine Thränen. *

Von der Verloosung, welche am 20. und 21. September d. J. zum Besten der oberschlesischen Waisenkinder hier statifand, sind mehrere Gewinne nicht abgeholt. Mit Hinweisung auf die Bekanntmachung in der Beilage zu Nr. 222 der Breslauer Zeitung, in welcher die Gewinn-Loose speziell angegeben sind, werden die Inhaber dieser Loose ersucht, gegen Rückgabe derselben die entsprechenden Gewinne spätestens bis zum 10. k. M. hier Ohlauerstraße Nr. 45 abzuholen.

Breslau, den 25. November 1849.

Das Komité zur Milderung des Nothstandes in Oberschlesien.

Theater-Nachricht.

Dinstag den 27. Novbr. 51ste Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. „**Faust.**" Große Oper in 3 Aufzügen, Musik von Louis Spohr.

Mittwoch den 28. Novbr. Bei aufgehobenem Abonnement. **Benefiz für Herrn und Frau Stotz.** Zum ersten Male: „**In Berlin.**" Posse mit Gesang in 3 Abtheilungen von Otto Stotz.

Verlobungs-Anzeige.

Die heute vollzogene Verlobung unserer Nichte und Pflegetochter Franziska Scholz aus Stralsund mit dem Cafetier Herrn Carl Hartmann zeigen wir statt besonderer Meldung ergebenst an. Breslau, 21. Nov. 1849.

Carl Zahn, vorm. Cafetier.
Eleonore Zahn, geb. Zimmer

Verbindungs-Anzeige.

Unsere am heutigen Tage vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir hierdurch, statt jeder besonderen Meldung, ergebenst an.

Berlin, 25. November 1849.

Herrmann Schlesinger.
Johanna Schlesinger, geb. Lewin.

Verbindungs-Anzeige.

Ihre am 21. d. Mts. vollzogene eheliche Verbindung zeigen allen Freunden und Verwandten ergebenst an:

Herrmann Müller,
Thekla Müller, geb. Bettführ.

Glogau, 24. Novbr. 1849.

Entbindungs-Anzeige.

Am 22. Novbr. d. J. wurde meine liebe Frau Minna, geb. Fränkel, von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden.

Louis Galewsky in Münsterberg.

Todes-Anzeige.

Am heutigen Vormittage gegen 10 Uhr entschlief nach mehrwöchentlichem Leiden mein inniggeliebter Gatte, der Packhofs-Inspektor a. D. Franz Tschauder. Dies zeigt mit der Bitte um stille Theilnahme statt jeder besonderen Meldung an:

die tiefbetrübte Wittwe
Auguste Tschauder, geb. Stenzel.

Breslau, den 25. November 1849.

Todes-Anzeige.

Den heute Abend 7¾ Uhr nach langen Leiden erfolgten sanften Tod ihres geliebten Gatten, Vaters und Bruders, des Apotheker Carl Pfützenreuter, in dem Alter von 50 Jahren, zeigen, um stille Theilnahme bittend, tief betrübt an:

Die Hinterbliebenen.

Reichenbach, 24. November 1849.

Naturwissenschaftliche Section.

Mittwoch, den 28. November, Abends 6 Uhr. Herr Prof. Dr. Fischer einige chemische Bemerkungen und der Sekretär der Sektion eine eingesandte Abhandlung des Herrn Dr. phil. Krocker zu Proskau über die Aufnahme der mineralischen Substanzen durch die Pflanzen.

Allgemeine Versammlung der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur.

Freitag, den 30. November c., Abends 6 Uhr. Herr Prof. Dr. med. Lichtenstädt: Mittheilungen aus dem Tagebuche seiner diesjährigen Reise in Finnland und Esthland.

Der General-Secretär Bartsch.

Donnerstag, den 29. November

Erstes Concert des akademischen Musikvereins

im Musiksaale der Universität.

Die Direktion.
J. Dittrich. J. Haucke. A. Rücker.

Liegnitzer landwirthschaftlicher Verein.

Die Jahres-Schluß-Versammlung des hiesigen Vereins findet

Freitag den 7. Dezember c.

im Landschafts-Hause früh 10 Uhr statt. Gegenstände der Berathung sind: Die Bestimmung des Thierschaufestes pro 1850, die Wahl eines Vorstands-Mitgliedes, so wie die in dem besonderen Schreiben an die Vereins-Mitglieder erwähnten Gegenstände.

Liegnitz, den 25. November 1849.

Der Vorstand.

Vacante Stelle.

2 Buchhalter, 1 Reisendor, 4 Kommis für's Komptoir und 6 Kommis für Laden und Magazin werden unter vortheilhaften Bedingungen zu engagiren gesucht.

Reflektirende belieben sich in frankirten Briefen zu wenden, unter der Adresse G. u. Comp., poste restante Köln a. Rh.

Durch alle Buchhandlungen ist zu haben, in **Breslau** bei **Graß, Barth u. Comp.**, — G. P. Aderholz, — Gosohorski, — Hirt, — U. Kern, — Max u. Komp., — Schulz u. Comp., — Trewendt:

Vierte verbesserte und vermehrte Auflage von:

Franz Nowak, der Landmann,

wie er sein sollte. Ein Volksbuch, in welchem naturgetreu die wichtigsten Lehren über die beste Benutzung des Grund und Bodens, ein glückliches Familienleben, geregelte Hauswirthschaft, Viehzucht, Bienen- und Baumzucht, Wald-, Garten- und Weinbau und Alles, was das Glück des Landmanns begründen hilft, kurz und bündig mitgetheilt werden.

Von A. Rothe. 20 Bog. gr. 8. Geb. 15 Sg.

Die ökonomischen Neuigkeiten in Prag sagen darüber: Möchte dieses wahre und eben so nützliche Volksbuch in recht viele Hände unserer Landleute kommen, es wird gewiß eifrig gelesen werden und schöne Früchte tragen. Die Versammlung der deutschen Landwirthe hat es für eines der zweckmäßigsten Volksbücher für den deutschen Bauernstand erklärt. (Verlag von C. Flemming.)

Tübingen. Im Verlage der H. Laupp'schen Buchhandlung (Laupp u. Siebeck) ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in **Breslau** und **Oppeln** bei **Graß, Barth** und **Comp.**, in **Brieg** bei **Ziegler**:

Lacordaire, P. H. Dom., Die Kanzelvorträge in der Notre-Dame-Kirche zu Paris. Aus dem Französischen übersetzt von Jos. Lutz. Dritter Band. Erste Lieferung. Die Vorträge von 1848. 14 Bogen gr. 8. Broch. 22 Sgr.

Diese Reden schließen sich enge an den vorausgehenden Jahrgang an. Während jener von dem innern und äußern Leben Christi handelte, ist in vorliegendem Jahrgange das innere und äußere Leben Gott Vaters behandelt, sein inneres in der heiligen Dreieinigkeit, sein äußeres in der Schöpfung der Welt, und des Menschen. Während die Reden des frühern Jahrgangs die Vollkommenheit und Seligkeit des Menschen als letzten Zweck des Lebens und der Thätigkeit Christi darstellen, ist der Schluß der vorliegenden Reden dieselbe Vollkommenheit und Seligkeit, welche Gott Vater dem Menschen in der Schöpfung der Welt, in seiner Stellung als geistiges, moralisches, physisches, religiöses, sociales Wesen verschaffen will. Und wenn in den frühern Jahrgängen außer den hohen Wahrheiten nicht minder die edle Weise der Darstellung anzog, die Wärme, die über das Ganze sich verbreitet, der Schwung der Begeisterung, der aus dem Ganzen strahlt, und das Herz in seiner innersten Tiefe trifft, so werden wir aus den vorliegenden Reden erkennen, daß die indeß vorangeschrittene Zeit, welche die edelste Kraft bricht, unserem Redner nichts an seiner jugendlichen Frische und Lebhaftigkeit zu nehmen vermochte, und wir übergeben dem Publikum diese Reden mit dem Vertrauen, daß sie keinen geringern Beifall ernten werden, als die Reden der früheren Jahrgänge.

Der Preis der beiden früheren Bände ist 3 Thlr. 15 Sgr. — Jeder Band wird auch einzeln abgegeben.

In der Buchhandlung von **Graß, Barth u. Comp.** in **Breslau**, Herrenstraße 20, ist zu haben:

Das Ziehen und Gießen der Talglichte,

so wie auch das

Seifensieden in der Hauswirthschaft,

besonders für Oekonomen, Hausfrauen und solche, die auf dem Lande wohnen, faßlich erläutert und beschrieben von Dr. Chr. Heinr. Schmidt. Mit 1 Figurentafel. 12. geh. Preis 10 Sgr.

In größeren Hauswirthschaften sammeln sich häufig Fettkörper verschiedener Art, die am vortheilhaftesten verwerthet werden, wenn man sie zum Seifensieden oder zu Talglichten verwenden kann. Wie dieses auf sehr vortheilhafte Art, theils zur Erlangung einer guten Kernseife in 4 bis 5 Stunden, theils zur Erzeugung hellbrennender Talglichte zu bewerkstelligen sei, ist in obigem Büchlein auf eine für Jedermann faßliche Weise mitgetheilt.

Bei Rittler in Hamburg ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in **Breslau** bei **Graß, Barth u. Comp.**, Herrenstraße Nr. 20:

Die deutsche Marine-Verwaltung

unter Herrn **Duckwitz** aus Bremen.

Gr. 8. Geh. Preis 9 Sgr.

Diese Schrift enthält streng der Wahrheit getreu nur Thatsachen von der höchsten Wichtigkeit. Die dadurch betroffenen Personen haben zwar mehrfach versucht, durch Verdrehungen und Schimpfen darauf zu antworten, doch können sie keine der Thatsachen widerlegen. So lange sie dies nicht können, sind sie ihrer Verantwortlichkeit als Reichsminister nicht entbunden, möge das neue deutsche Reichsparlament dies wohl im Auge behalten.

In Folge gegenseitiger Uebereinkunft ist der in unserem Cirkulair vom 1. Jan. 1848 als Theilnehmer unseres Geschäftes genannte Herr **Joachim Schlesinger** aus Gleiwitz aus demselben gänzlich ausgeschieden und werden wir unser bisheriges

Speditions- und Kommissions-Geschäft

in **unverändertem** Umfange und Ausdehnung nach wie vor **allein nunmehr** unter der Firma:

S. Kuznitzky & Comp.

weiter führen. — Myslowitz, den 27. November 1849.

Die Inhaber der Firma: **Schlesinger, Kuznitzky & Comp.**

Simon Kuznitzky. Wilhelm Silbergleit.

Der billige Schnittwaaren-Verkauf

bei **M. B. Cohn**, Ring Nr. 10, im Holschau'schen Hause, wird fortgesetzt und werden hiermit folgende Gegenstände wegen ihrer außergewöhnlichen Billigkeit zur gütigen Beachtung offerirt:

Echtfarbige Gebirgs-Nessel-Kattune à 1 Thlr. 5 Sgr. das Kleid, halbwollene Kleiderstoffe à 1 Thlr. 10 Sgr. bis 2 Thlr. 10 Sgr. das Kleid, 5/4 breite Halbiamas à 1 Thlr. 25 Sgr. bis 2 Thlr. 10 Sgr. das Kleid, 3 Ellen große halbwollene Umschlagetücher à 25 Sgr., 2 Ellen große Mazeppa-Umschlagetücher à 7½ Sgr., 3 Ellen große ganz wollene Winter-Umschlagetücher à 1 Thlr. 20 Sgr., bunte Schweizer Taschentücher, schwarze und bunte seidene Herrenhalstücher, wollene und seidene Shawls und Schlipse, seidene, wollene und echte Sammt-Westenstoffe, und sehr viele andere Artikel werden ebenfalls zu außerordentlich billigen Preisen verkauft.

Buchhandlung **J. Urban Kern**, am Ringe Nr. 2.

Neue Jugendschriften.

Im Verlage von **Johann Urban Kern** in **Breslau** sind erschienen und zu haben, (in Jauer bei Hiersemenzel, in Ohlau bei Bial, in Frankenstein bei Philipp)

Die gesellige Kinderwelt.

Enthaltend: 80 Kinderspiele, 100 Pfänderauslösungen, 40 Schnellsprechsätze, 150 Sprichwörter, 110 Räthsel, 120 Räthselfragen, 10 Orakelfragen mit 300 Antworten, 30 Erzählungen, ferner launige Geschichtchen, Deklamationen und Kunststücke, für die Jugend bearbeitet von Gustav Fritz.

12 Bogen. Taschenformat. Preis 15 Sgr.

Figurentheater.

Eine Sammlung von kleinen Vorstellungen für Kinder, mit Figuren leicht ausführbar. — Von **G. Fritz.**

1—5. Bändchen (Das Gespenst im Wirthshause. — Das Raubschloß. — Das Leibgericht. — Der Pachter 2c.)

Preis für jedes Bändchen à 6 Sgr.

Eine mannigfaltige Sammlung von Puppenspielen, wie sie bis jetzt noch nicht existirte, für Kinder gewiß eine willkommene Gabe, — auch als Lesebuch angenehm unterhaltend.

Koch, Rosalie, Maiblümchen, Erzähl. f. d. Jugend. 11¼ Sgr.
— — Der kleine Savoyarde. 7½ Sgr.
— — Gelegenheitsgedichte für die Jugend. 10 Sgr.
Osten, Mary, Frühlingsblüthen, Erzählungen f. d. Jugend. 10 Sgr.

Bekanntmachung.

In Folge beantragten Aufgebots nachstehender zwei angeblich bei der Beförderung auf die hiesige Post Anfangs Oktober 1848 verloren gegangener Wechsel, nämlich:

1) über 500 Rtl. nebst 6 Proz. Zinsen ausgestellt Breslau am 12. Februar 1848 vom Grafen Ed. Reichenbach, Ritterguts-besitzer auf Waltdorf und Gr. Mahlendorf für die Ordre L. Cohn in Breslau und von diesem an A. Eckersdorf girirt,
2) über 500 Rtl. nebst 6 Proz. Zinsen, ausgestellt Waltdorf, den 6. Mai 1848 von dem Grafen Reichenbach, Rittergutsbesitzer auf Waltdorf und Mahlendorf an die Ordre L. Cohn in Breslau und von diesem an Joseph Laskowitz, von letzterem aber an A. Eckersdorf cedirt,

werden die Inhaber dieser Wechsel, dessen Erben, Cessionarien, Pfand- oder sonstige Brief-Inhaber, oder die sonst in seine Rechte getreten sind, hiermit aufgefordert, binnen einer Frist von 6 Monaten die bezeichneten Wechsel dem unterzeichneten Gericht vorzulegen, widrigenfalls die Wechsel für amortisirt werden erklärt werden.

Breslau, den 31. Oktober 1849.

Königliches Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Nr. 1 Tauenzienstraße, Nr. 8 Gabitzerstraße, Nr. 36 Gartenstraße belegenen, dem königl. Bau-Inspektor und Ritterguts-Besitzer Georg Schulze gehörigen, auf 13,234 Thlr. 8 Sgr. 3 Pf. geschätzten Grundstücks, von dem ein Ertrag zur Zeit nur durch Benutzung des allein vollendeten Stallgebäudes erzielt werden kann, haben wir einen Termin auf den **29. Dezember 1849**, Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Schmiedel in unserem Parteizimmer anberaumt. Taxe und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 17. Mai 1849.

Königl. Stadtgericht. II. Abtheilung.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Tauenzienstraße Nr. 37 belegenen, dem Schlossermeister Joseph Wilhelm Adolph Tauer gehörigen, auf 11,240 Rtl. 29 Sgr. 10 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf

den 30. Jaunar 1850, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Schmiedel in unserem Parteien-Zimmer, Junkernstraße Nr. 10, anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 18. Juni 1849.

Königliches Stadtgericht. II. Abtheilung.

Oeffentliche Bekanntmachung.

Die bei dem Pfandverleiher Schuppe hierselbst in der Zeit vom 10. Juli 1847 bis 1. September 1848 eingelegten, zur Verfallzeit nicht eingelösten Pfänder, bestehend in Kleidungsstücken, Betten, Uhren und Schmuck-Sachen sollen

am 28. Dezember 1849

in der Pfand-Leih-Anstalt des Schuppe, Hummerei 28 hier, durch unsern Auktions-Kommissarius Mannig versteigert werden. Es werden daher alle diejenigen, welche während der gedachten Zeit Pfänder niedergelegt haben, hierdurch aufgefordert, diese Pfänder noch vor dem Auktions-Termine einzulösen, oder wenn sie gegen die Pfandschuld gegründete Einwendungen zu haben meinen, solche dem Gericht noch vor dem Termin zur weitern Verfügung anzuzeigen, widrigenfalls mit dem Verkaufe der Pfandstücke verfahren, aus dem einkommenden Kaufgelde der Pfandgläubiger wegen seiner in dem Pfandbuche eingetragenen Forderungen befriedigt, der etwanige Ueberschuß aber an die hiesige Armen-Kasse abgeliefert und demnächst weiter Niemand mit Einwendungen gegen die Pfandschuld gehört werden wird.

Breslau, den 18. September 1849.

Königl. Stadtgericht. Abtheilung I.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkauf des hier in der Neuengasse Nr. 8 und 13 b. gelegenen, der verw. Gefreyer, geb. Weber, gehörigen, auf 20,269 Rthlr. 29 Sgr. geschätzten Grundstücks haben wir einen neuen Termin

auf den 29. Januar 1850 Vormittags 11 Uhr

vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Schmiedel in unserm Parteienzimmer anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 27. Oktober 1849.

Königliches Stadt-Gericht. Abthl. I.

Holz-Verkauf.

Auf dem Kämmereigute Nieder-Stephansdorf, Kreis Neumarkt, sollen am **Freitag, den 30. November d.,** Vormittags 9 Uhr, die für das Jahr 1849 50 zum Abtrieb kommenden Hölzer, bestehend in Buchen, Eichen, Birken, Kiefern, Nutz- und Brennhölzern, desgleichen in Strauchhölzern, größtentheils auf dem Stamme meistbietend bei einer baaren Anzahlung von einem Drittel des Gebotes verkauft werden.

Kauflustige wollen sich an gedachtem Tage bei dem Förster Werner daselbst einfinden.

Breslau, den 11. November 1849.

Die städtische Forst- und Oekonomie-Deputation.

Auktions-Anzeige.

Donnerstag den 29. d. M. Vormitt. 9 Uhr und folgende Vormittage sollen in Nr. 15 Ritterplatz eine große Partie Porzellan, Blech und broncirte Gegenstände, feine Möbel von Kirschbaum, eine maschinenartige Tabakschneide mit 2 Messern, ein gutes Violon-Cello, ein Paar englische, mit Neusilber beschlagene Geschirre nebst Zubehör, einige Flaschen Madeira, Bocksbeutel und Rum, Kleidungsstücke, Betten und Leinenzeug gegen baare Zahlung versteigert werden.

Breslau, den 24. November 1849.

Hertel, Kommissionsrath.

Kunst-Auktions-Anzeige.

Daß die in diesen Blättern bereits angekündigte Versteigerung der

Wernerschen Kupferstichsammlung

bestimmt den 3. Dezbr. d. J. in hiesiger Raths-Auktion beginnt, zeigt Kunstfreunden anburch nochmals an:

Carl Ernst Sieber,
Raths-Auktionator.

Dresden, am 25. November 1849.

An das geehrte Publikum

Bei der großen Theilnahme, die wir durch das Verfahren des hiesigen kösigen königl. Polizeipräsidii gegen uns bei fast allen Theilen der hiesigen Einwohnerschaft in so reichlichem Maaße gefunden, können wir nicht umhin, einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige zu machen, daß das königliche Ministerium für Handel, Gewerbe rc. das Verkaufsverbot des hiesigen königl. Polizei-Präsidii auf unsere dieserhalb erhobene gerechte Beschwerde mittelst Erlaß vom 24. d. Mts. aufgehoben. Ueber unsere weiteren Maaßnahmen werden späterhin das Nöthige veröffentlichen.

Die erste preuß. Landes- u. National-Haupt-Garderobe-Manufaktur
zum preußischen Adler
von **Kauffmann u. Comp.**
aus Berlin.

Ein Eckgewölbe

in bester Lage für **Hutmacher, Schirmmacher, Kleider-, Pelz- oder Lederhändler** rc. ist Weihnachten zu vermiethen und das Nähere durch Kaufmann **Sonntag,** neue Junkernstraße Nr. 2 zu erfahren.

Ich wohne jetzt Ohlauervorstadt
Paradies-Gasse Nr. 24.

Dr. Langner,

praktischer Arzt und Wundarzt.



Die beliebten und gesuchten Blumen-Bouquets zu Geburts- und Namenstagen und andern festlichen Gelegenheiten sind nach wie vor, auch in jetziger Jahreszeit in **Altscheitnig Nr. 27,** gegenüber dem Augarten zu haben.

Schmiedebr. St. Warschau,

heute heitere musikalische Abend-Unterhaltung.

Zur Kirmes in Gräbschen,

Dienstag und Mittwoch, den 27. u. 28. Nov., ladet ergebenst ein: **Labitzky.**

Zur Kirmes

Mittwoch und Donnerstag, den 28. und 29. November, ladet ergebenst ein. Für gute Brat- und Leberwurst und andere gute Speisen und Getränke habe ich bestens gesorgt.

Seiffert in Rosenthal.

Zum **Wurst-Abendbrodt** auf Dienstag den 27. November ladet ergebenst ein:

Klose,
Scheitnigerstr. im goldnen Adler.

Verpachtung.

Ein Kaffeehaus nebst Kegelbahn, Billard, Tanzsaal, Garten und allem dazu nöthigen Inventarium ist in einer Provinzialstadt vom 1. Februar künftigen Jahres ab zu verpachten. Näheres weiset nach auf portofreie Briefe die Post-Expedition in Löwen.

Eichen-Verkauf.

In dem hiesigen Walde werden Eichen-Nutzhölzer etc. auf dem Stamm verkauft. Kauflustige wollen sich an das Wirthschafts-Amt oder an den Förster Stiller hierselbst wenden.

Hennersdorf-Peterwitz, Grottkauer Kreises (1 Meile vom Bahnhof Bösdorf), im November 1849.

Zu Sadewitz bei Canth werden zweijährige **Merinoböcke** edelster Abkunft zum Verkauf gestellt. Auch können nach der Schur 120 tragende Mutterschafe abgelassen werden. Der Gesundheitszustand der Heerde ist der vorzüglichste.

Das Wirthschafts-Amt.

Ein jüd. Mädchen, Tochter allgemein bekannt rechtlicher Eltern — die bereits in Kondition steht — sucht von Neujahr ab ein Engagement als Ladenmädchen, Wirthschafterin oder Schänkerin. Nähere Auskunft ertheilt in Breslau **M. Troplowitz,** Karlsstr. 26.

Harzer Schlittenschellen, in harmonisch abgestimmten Sätzen, empfiehlt die Eisenhandlung von

Carl Gustav Müller, Roßm. 13.

Holsteiner Austern bei Lange u. Comp.

Frische Austern bei Ernst Wendt.

Eine tüchtige Kammerjungfer mit guten Attesten wird gesucht durch **D. Walter,** Altbüßerstraße Nr. 57.

Marinirte Brat-Heringe, Elbinger Neunaugen
empfiehlt: **Robert Raymond,**
Ohlauerstraße Nr. 65.

Preisgekrönte Bleistifte
mit durchaus ganzem Blei, für deren Vortrefflichkeit der politechnische Verein zu München dem Fabrikanten die goldene Medaille zuerkannte, offerirt:

F. L. Brade, am Ringe Nr. 21.

Altes Flachwerk

wird jetzt, wie zum Frühjahr, billig gekauft. Näheres sagt Gastwirth **Seidel** im Hotel de Saxe.

Beste ungarische Pflaumen,

5 Pfund für 10 Sgr., empfehlen:

A. S. Wendriner u. Comp.,
Karlsstraße Nr. 11.

Ein Lehrling
in eine Buchhandlung wird gesucht. Näheres Ring Nr. 43, eine Treppe.

100 Schock 2 und 3 jähriger schöner **Karpfen-Einsatz** steht auf dem Dominium Parchwitz zum Verkauf.

Ein vollständiger **Apparat zur Gewinnung von Gas** auf circa 50 Flammen ist billig zu verkaufen im Gasthof zur goldenen Gans.

Neue Leihbibliothek

von **J. F. Ziegler,** Herrenstraße Nr. 20.

Das Leih-Abonnement kann **jederzeit** begonnen werden. **Pränumerations-Preise:** 1 Buch monatlich 5 Sgr.; 2 Bücher 7½ Sgr.; 3 Bücher 10 Sgr.; 4 Bücher 12½ Sgr. Dieselben können wöchentlich 3 bis 4 Mal umgetauscht werden. Auswärtige Abonnenten, welche seltener die Bände wechseln, erhalten eine entsprechende, größere Anzahl auf einmal. Leser einzelner Bücher zahlen 1 Sgr. pro Woche. Fremde belieben 1 bis 2 Thlr. als Pfand zu erlegen. Die näheren Bedingungen sind im Geschäfts-Lokal zu erfahren. Preis des Katalogs: 7½ Sgr.

Für Rum- und Essig-Fabrikanten, Destillateure und Schenkwirthe.

Bei Robert Otto Schulze in Leipzig erschienen nachstehende Schriften eines praktischen Destillateurs, für deren Echtheit und Brauchbarkeit garantirt wird:

Die Bereitung des Rumäthers, der Rumessenz und des Rums, wonach das Quart Rumessenz nur 10 — 12 Gr. kostet, während die Fabriken 2 — 3 Thlr. dafür berechnen. Versiegelt. 2 Thlr.

Beschreibung einer höchst einfachen und zweckmäßigen **Spiritusreinigungs-Methode,** wobei sich die Kosten auf den Eimer so zu reinigenden Spiritus, daß derselbe, ohne rectifizirt zu werden, zu allen doppelten und feinen Branntweinen verwendet werden kann, nur auf einige Pfennige belaufen. Man kann zu dieser Methode jedes beliebige Faß verwenden und können in einem solchen von 1000 Quart Inhalt täglich circa 500 Quart gereinigt werden. Versiegelt. 1 Thlr.

Notiz. Für die Erlernung dieser beiden Recepte mußte der Verfasser 500 Thaler Gold bezahlen.

Neueste Destillirkunst, oder rohen Spiritus auf kaltem Wege so zu reinigen, daß alle doppelte, feine Branntweine und Liqueure daraus verfertigt werden können. Nebst Angabe, jede beliebige Sorte Branntwein innerhalb 5 Minuten zu bereiten, und denselben, selbst wenn man noch alte trübe Reste hinzunimmt, binnen eben so kurzer Zeit zu klären. Mit einem Anhange, enthaltend die Bereitung eines ganz billigen, wohlschmeckenden Essigs, der ohne alle Vorrichtung, in jedes beliebige Faß zusammengesetzt, und nach Verlauf von einigen Wochen, ohne noch irgend etwas dabei zu thun, verbraucht werden kann. Die Kosten eines Quarts solchen Essigs belaufen sich nur auf einige Pfennige. Zweite Auflage. Preis 1½ Thlr.

Gegen frankirte Einsendung des Betrags zu beziehen von **Graß, Barth u. Comp.** in **Breslau,** Herrenstraße Nr. 20.

Der hiesige **Hausbesitzerverein** hat neue **Miethsquittungsbücher** entworfen, welche für die größten wie für die kleinsten Wohnungen sehr genaue Miethskontraktbedingungen enthalten. Wenn diese Quittungsbücher allgemein eingeführt werden, dürften alle Wirthe vor großen Miethsausfällen geschützt werden. Sie werden daher sämmtlichen Herren Hauswirthen bestens empfohlen und sind vorräthig in Umschlag geheftet pro Exemplar 1 Sgr. zu haben im Comtoir der Buchdruckerei bei

Graß, Barth und Comp., Herrenstraße Nr. 20.

Die so billigen Seiden-Mäntel

sind wieder in großer Auswahl nach **neuester Façon** vorräthig, eben so in Lama, Cachemir, Plaid, Camlott und Damast von 3½ Thlr. an.

H. Lunge, Ring (grüne Röhrseite) Nr. 39, im ersten Stock.

Mit heutigem Tage habe ich
Albrechtsstraße Nr. 11
ein **Detailgeschäft** unter der Benennung

der billige Laden

eröffnet. Durch dieses Etablissement gebe ich einem werthgeschätzten Publikum Gelegenheit sich

für einen billigen Preis seinen Bedarf in guter, schöner und reeler Waare

verschaffen zu können. Indem ich ein werthgeschätztes Publikum hiermit freundlichst einlade sich von der Wahrheit zu überzeugen, versichere ich, daß es stets mein Bestreben sein wird, das mir zu Theil werdende Vertrauen durch strenge Reelität und prompte Bedienung zu rechtfertigen und zu erhalten.

Breslau, den 27. November 1849.

P. Schreyer.

Wollene

Umschlagetücher

werden zu Fabrikpreisen verkauft bei

Metzenberg u. Jarecki,
Kupferschmiedestr. 41, zur Stadt Warschau.

Mürzthaler Stiere

stehen abermals 4 Stück, und zwar 1 dreijähriger und 3 zweijährige, auf der Herrschaft Falkenberg in Oberschl. zum Verkauf.

Ring, Naschmarkt Nr. 49 ist veränderungshalber eine Wohnung im zweiten Stock, bestehend in 2 großen Stuben, Entree, Keller und Bodengelaß, zu Weihnachten d. J. zu vermiethen.

Neue Gasse Nr. 17 ist ein möblirtes Zimmer nebst Kabinet für 2 Herren vom 1. Dezember d. J. billig zu vermiethen.

Eine Wohnung von 2 Stuben, Küche und Zubehör, im ersten Stock, für 60 Rthlr., ist am 2. Januar zu beziehen, und das Nähere Herrenstraße Nr. 20, im Comtoir, zu erfragen.

Frische reine
Rapps- u. Leinkuchen
offerirt billigst **C. A. Wedel,** g. Radegasse 2.

Reuschestraße Nr. 2, ist ein Gewölbe mit Schaufenster zu vermiethen.

In den 3 Mohren ist die erste Etage, bestehend in 6 Zimmern, 1 Saal und Beigelaß, wie auch eine Handlungsgelegenheit und eine Wohnung im Hofe, bestehend in 2 Stuben, Alkoven und Beigelaß zu vermiethen.

Herrenstraße Nr. 13 zwei Stiegen vorn heraus, ist eine freundliche, anständige Wohnung für 52 Rhlr. jährl. Zins zu vermiethen.

Zu vermiethen
und am 1. Dezember oder zu Weihnachten d. J. zu beziehen sind Tauenzienplatz Nr. 3 Handlungs-Gewölbe nebst Wohnungen und Zubehör.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Konditor Roffler aus Plock. Gutsbesitzerin von Tehoeznicka aus Lemberg. Postmeister Zerlinski a. Krakau. Partikulier Treutler aus Neu-Weisstein. Partikulier von Alten aus Dresden. Eigenthümer Delosye a. Paris.

Dr. Schlegel a. Schweidnitz. Gutsbesitzer von Gerhardt aus Dresden. Kaufleute Hansler und Kunz aus Hirschberg. Partikulier Heilberg aus Königsberg. Freier Standesherr Graf von Hochberg aus Fürstenstein. Kammerherr von Dallwitz aus Leipe. Landrath von Krosigk aus Berlin kommend.

24. u. 25. Nov.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27″3,89‴	27″2,35‴	27″1,63‴
Thermometer	— 0,8	— 1,5	— 1,2
Windrichtung	NO	O	O
Luftkreis	überw.	überw.	bed. Schnee

25. u. 26. Nov.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27″2,22‴	27″3,66‴	27″5,06‴
Thermometer	— 7,5	— 10,3	— 10,0
Windrichtung	N	NNO	N
Luftkreis	bed. Schnee	bed. Schnee	überw.

Auktionen in Breslau.

Den 27. Novbr., Vormittags halb 9 Uhr, im Hospital zu St. Bernhardin, Nachlaßsachen.
Den 28. Novbr., Vor- und Nachmittags, Ohlauerstraße Nr. 1, Fortsetzung der Lerschschen Auktion.

Getreide-, Oel- und Zink-Preise in Breslau, den 26. November.

Weizen, weißer 54, 48, 41 Sgr.; gelber 50, 44, 37 Sgr. Roggen 27½, 26, 24 Sgr. Gerste 24, 22½, 21 Sgr. Hafer 18, 17, 16 Sgr. Rother Kleesaamen 10 bis 14½ Thlr.; weißer 6 bis 14⅔ Thlr. Spiritus 6 Thlr. Gl. Rohes Rüböl 14⅚ Thlr. Br. Zink ohne Handel. Rapps 110, 107, 105 Sgr. Rübsen 92, 90, 89, 86 Sgr.

Redakteur: Nimbs.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.